

Perspektiven Integration

ZUM THEMA

Corona und die Auswirkungen auf Migration und Integration

IM GESPRÄCH MIT KÖKSAL BALTACI

Peter Sloterdijk

Gudrun Biffl

Rudolf Bretschneider

Rainer Münz

Marie-Luise Krobath-Fuchs

Peter Webinger

PERSPEKTIVEN

01 2021

Inhalt

VORWORT

Franz Wolf

02

IM GESPRÄCH

Peter Sloterdijk

04

Gudrun Biffl

10

Rudolf Bretschneider

16

Rainer Münz

22

Marie-Luise Krobath-Fuchs

30

Peter Webinger

36



Franz Wolf

Direktor

Vorwort

Die COVID-19-Pandemie hat deutliche Einschnitte in der Gesellschaft hinterlassen. Gewohnte Routinen, Arbeitsweisen und Umgangsformen haben sich plötzlich verändert, weitreichende und tiefgreifende Einschränkungen im öffentlichen als auch im privaten Bereich sind die Folge: Grenzen wurden geschlossen, Verkehrsverbindungen eingeschränkt, Schulen zugesperrt, der Betrieb in Unternehmen unterbrochen und das öffentliche und soziale Leben auf ein Minimum eingeschränkt. All diese Entwicklungen stellen auch eine Herausforderung für die Integration von Flüchtlingen und Migrant/innen dar, die ihrem Wesen nach in der direkten Begegnung zwischen Menschen geschieht.

Die Ereignisse des letzten Jahres haben in vielerlei Hinsicht Integrationsbezug. Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 zeigte sich vor allem die zentrale Bedeutung von Deutschkenntnissen, um über die bestehenden Risiken und Gefahren informiert zu sein, staatliche Anordnungen zu verstehen und ihnen auch Folge leisten zu können sowie über Strafen bei

Nichteinhaltung Bescheid zu wissen. Damit Personen mit geringen Deutschkenntnissen in Zeiten von COVID-19 ebenso durch notwendige Schutzmaßnahmen Verantwortung übernehmen, war eine Zurverfügungstellung von mehrsprachigen Informationen unabdingbar. Bereits mit dem ersten Lockdown im März 2020 hat der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) ein weitreichendes Angebot an einschlägigen Informationen in 16 Fremdsprachen geschaffen, um sicherzustellen, dass alle Zuwander/innen die aktuellen Informationen rund um COVID-19 verstehen.

Das Beherrschen der deutschen Sprache ist das Fundament von Integration, weshalb der ÖIF auch Online-Deutschkurse etabliert hat: Migrant/innen können somit auch während der Einschränkungen Deutsch erlernen.

Die Pandemie und die damit einhergehenden Reisebeschränkungen haben die Mobilität von Arbeitskräften nach Österreich erheblich eingeschränkt. Es erscheint jedenfalls zweckmäßig, das vorhandene Arbeitskräftepotenzial in Österreich treffsicherer einzusetzen. Um zum Beispiel Engpässen bei der Obst- und Gemüseernte entgegenzuwirken, wurden in Pilotprojekten arbeitssuchende Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte vom ÖIF geschult, um ihnen den Einstieg in das Berufsfeld der Erntehelfer/innen zu ermöglichen. Fachspezifische Online-Deutschkurse für Beschäftigte und Arbeitsuchende in Gastronomie, Hotellerie und Tourismus wurden entwickelt, um branchenspezifische Deutschkenntnisse zu erweitern und zu vertiefen.

Durch die Ausgangsbeschränkungen hat sich ein Großteil des Alltags in den eigenen Wohnraum verlagert. Dies führte auch zu einem Anstieg an Vorfällen häuslicher Gewalt, welche sich zumeist gegen Frauen richtet. Entsprechende Anlaufstellen mit mehrsprachigen Mitarbeiterinnen wurden daher durch den ÖIF unterstützt, um Betroffene mit geringen Deutschkenntnissen in Notsituationen sowohl telefonisch als auch online zu beraten. Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern sind mit den Herausforderungen des Home-Learnings konfrontiert; ergänzend zur Sommerschule des Bildungsministeriums wurden durch den ÖIF bundesweite Elternkurse angeboten, in denen Eltern mit Migrationshintergrund mit Informationen und Handlungsempfehlungen zur Unterstützung ihrer Kinder versorgt wurden.

Die Einschränkungen der Pandemie haben zu vielschichtigen Veränderungen im Zusammenleben geführt, deren Bedeutung für die kommenden Jahre schwer absehbar ist. Kulturelle Gepflogenheiten, welche gerade in der Integration von Bedeutung sind und zum Teil heftig diskutiert werden, haben sich aufgrund von Vorsichtsmaßnahmen gesamtgesellschaftlich zum Teil von Grund auf verändert wie z. B. der Stellenwert der Sichtbarkeit des Gesichts im öffentlichen Raum, die Kultur des Grüßens per Handschlag, gemeinschaftliche Aktivitäten oder das freiwillige Engagement in Vereinen.

Zur Integration gehören vor allem das Beherrschen der deutschen Sprache, die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit sowie die Akzeptanz von rechtstaatlichen und demokratischen Werten. Integration spiegelt sich aber auch über soziale Interaktion, ehrenamtliches Engagement und die persönliche Begegnung von Menschen wider. Wie sich Integration und Zusammenleben durch einen allgemein stattfindenden Wandel und den damit verbundenen Verzicht auf etablierte Gewohnheiten in Zukunft verändern werden, wird wohl erst nach einiger Zeit sichtbar werden.

Die Publikationsreihe „Perspektiven Integration“ des ÖIF thematisiert laufend aktuelle Herausforderungen im Integrationsbereich mit anerkannten Wissenschaftler/innen, Forscher/innen und Expert/innen. Die Interviews in der vorliegenden Publikation bieten einen mehrdimensionalen Blick auf Integrationsaspekte in Krisenzeiten.

Im Gespräch

Peter Sloterdijk



Peter Sloterdijk hebt hervor, dass die Wahrnehmung der Krise vom Grad der erreichten Integration abhängt. Diejenigen, die im Kernfeld der Gesellschaft angekommen sind, haben vermutlich eine ähnliche Wahrnehmung wie Alteingesessene. Anders als jene mit instabilen, peripheren Beschäftigungen, sie haben eher Grund zur Sorge.

„Nur Nationen haben die Befugnis, einen Ausnahmezustand zu erklären.“

Welche Auswirkungen könnte die Corona-Krise Ihrer Meinung nach mittel- und langfristig auf Migrationsbewegungen in Europa und weltweit haben?

Vorhersagen hinsichtlich der Folgen für die Immigration sind in diesem Fall schwierig, leichter ist es, zu sagen, welche Auswirkungen das Ansteigen des Bewusstseins für Immunitätsfragen auf das Verhalten der Zielländer haben wird. Es wird nämlich leichter sein, defensive Argumente gegen die Immigration zu artikulieren.

Weil man mit dem Schutz der eigenen Bevölkerung argumentieren wird?

Ja, weil die Wanderung des mikrobischen Elements mit der physischen Bewegung der Personenwanderung verknüpft ist. Das hat man bisher in allen Ländern gesehen,

„Die Frage der Permeabilität, also der Durchlässigkeit der Außengrenzen wird mit erhöhter Aufmerksamkeit betrachtet werden.“

der Schurke war in allen Fällen nicht das Virus allein, es bestand immer eine Verbindung zwischen dem mobilen menschlichen Subjekt und seinem viralen Passagier.

Was bedeutet das ganz konkret für Europa?

Das ist, wie gesagt, schwer zu prognostizieren, insbesondere für Deutschland, da Deutschland ja ein Land ist, das die Außengrenzenprobleme nicht unmittelbar erlebt. Es ist eingebettet in Nachbarländer, die ihrerseits entweder ein Grenzland sind oder noch ein anderes Grenzland vor der Tür haben. Wie beispielsweise Österreich, das ein Grenzland zweiter Ordnung ist. Aber eines ist sicher: Die Frage der Permeabilität, also der Durchlässigkeit der Außengrenzen wird mit erhöhter Aufmerksamkeit betrachtet werden.

Diese Durchlässigkeit wird geringer werden?

Aller Voraussicht nach ja.

Obwohl das Coronavirus seinen Ursprung in China hat – in einem Land also, aus dem nicht die meisten Einwanderer nach Europa stammen?

Ja, und zwar deswegen, weil es bei den verschiedenen Infektionswellen binnen kurzer Zeit zu einem Zustand der Überlagerung kommen wird. Am Anfang konnte man noch die Wellenbewegungen voneinander trennen, aber sobald eine Spur der Pandemie in den nordafrikani-

schen Ländern zu sehen sein wird oder in Afghanistan, dann werden sich die Druckwellen überlagern und gleich betrachtet werden. Das ist noch nicht geschehen, da die Pandemie weltweit gesehen ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat, aber diese Entwicklung ist vorhersehbar, in einem Jahr wird alles anders sein. Die Ideologie der „Festung Europa“ wird in eine politische Immunologie übersetzt werden, dann haben wir eine ganz neue Situation.

Die Corona-Krise hat ja auch zu so etwas wie einer Schicksalsgemeinschaft geführt, in der alle im selben Boot sitzen. Hat das irgendwelche Auswirkungen auf das Zugehörigkeitsgefühl von Migranten?

Ich gehöre zu einer Generation, die beim Gebrauch des Wortes Schicksal Hemmungen erworben und sie mit guten Gründen weiterentwickelt hat. Man sollte heute nicht mit Schicksalsgemeinschaften argumentieren, sondern lieber mit Interessen- und Projektgemeinschaften. Also mit vernünftigen gemeinsamen Zukunftsentwürfen. Wir haben getrennte Vergangenheiten, aber eine gemeinsame Zukunft. Oder eben nicht.

Und diese Interessengemeinschaften sind hauptsächlich mit wirtschaftlichen Interessen begründet?

Das würde ich gar nicht so eng sehen, natürlich spielen auch wirtschaftliche Aspekte eine Rolle, aber ich würde es als Lebensformgemeinschaft bezeichnen, die in Europa in den vergangenen 50 Jahren hinter unserem Rücken entstanden ist. Wenn man ein bisschen reist, sieht man das mit freiem Auge. Ich war vor einem Jahr in Kroatien, dort sieht man die Familienähnlichkeiten der europäischen Nationalstaaten auf den ersten Blick – der kleinen Staaten ebenso wie der größeren. Das reicht von Portugal bis in die Ukraine und ist ein europäischer Modus Vivendi, dafür braucht es keine Schicksals- oder Passionshintergründe. Gelitten haben andere auch. Wir sollten die Vergangenheit nicht unter dem Aspekt dessen diskutieren, was uns angetan wurde oder wir anderen angetan haben, sondern sollten sinnvolle Entwürfe gestalten.

„Die Krise hat gezeigt, dass in Europa umfassende Sicherheitsmechanismen verfügbar sind, das sieht man mit freiem Auge.“

„Wir sollten die Vergangenheit nicht unter dem Aspekt dessen diskutieren, was uns angetan wurde oder wir anderen angetan haben, sondern sollten sinnvolle Entwürfe gestalten.“

Dann frage ich anders: Haben die vergangenen Monate zu einem Zusammenrücken in Europa geführt?

Ja und nein. Im Moment gibt es beides, das sind paradoxe Bewegungen, bei denen sich einige in die eine und andere in die entgegengesetzte Richtung bewegen – aber im Rahmen derselben Gravitation.

Das bedeutet?

Unter anderem, dass man bei der sanitätspolitischen Aktivität die Wirksamkeit der nationalen Faktoren gesehen hat. Nur Nationen haben die Befugnis, einen Ausnahmezustand zu erklären. Gott sei Dank hat Europa keine gemeinsame Verfassung in dem Sinn, dass wir keine gemeinsame Erklärung für einen Ausnahmezustand benötigen. Sonst hätten wir eine Super-Pandemie bekommen, da Europa nie mit einer Stimme hätte sprechen können. So konnten die traditionellen Staaten die Pandemie mit ihren eigenen lokalen Verfügungen bekämpfen – mit unterschiedlichen Ergebnissen. Gleichzeitig kam es zu einer noch dichteren Vernetzung der europäischen Ärzte, Journalisten, Innenminister etc. als bisher.

Viele in Deutschland und Österreich lebende Migranten haben beobachtet, wie ihre Herkunftsländer die Pandemie nicht so gut unter Kontrolle bekommen haben wie ihre neue Heimat. In der Türkei beispielsweise oder in den Balkan-Ländern. Hat das bei diesen Menschen zu einer Art Loyalität mit Deutschland und Österreich geführt?

Sie sprechen von einer ergebnisbezogenen Bewusstseinsveränderung des europäischen Privilegs. Das kann schon sein. Die Krise hat gezeigt, dass in Europa umfassende Sicherheitsmechanismen verfügbar sind, das sieht man mit freiem Auge. Beispielsweise im Vergleich zur Situation in den USA, wo innerhalb eines Monats 40 Millionen Menschen arbeitslos wurden und gleich um zwei Stufen tiefer gefallen sind. Bis zur Ebene der Caritas bzw. des dortigen kirchlichen und freikirchlichen Pendanten zur Caritas. In

„Ich glaube eher, dass die aktuelle Situation die traditionellen Unterscheidungen zwischen den Tätigkeiten von Männern und Frauen wieder etwas verstärkt hat, nachdem sie durch die kulturelle, luxuriöse Relativierung ins Mehrdeutige verschoben worden war.“

Deutschland hingegen gab es bisher keine nennenswerte Arbeitslosenwelle, weil die Regierung die Kurzarbeitsregel in Kraft gesetzt und dadurch Millionen Arbeitsplätze geschützt hat.

Haben in Deutschland und Österreich lebende Migranten die Krise grundsätzlich anders wahrgenommen als die Mehrheitsbevölkerung?

Welche Mehrheitsbevölkerung?

Die ohne Migrationshintergrund.

Ach so, die Autochthonen meinen Sie. Das kann wohl sein. Wobei das vom Grad der erreichten Integration abhängt. Diejenigen, die im Kernfeld der Gesellschaft angekommen sind, haben vermutlich eine ähnliche Wahrnehmung wie Alteingesessene. Anders als jene mit insta-

„Die Ideologie der „Festung Europa“ wird in eine politische Immunologie übersetzt werden, dann haben wir eine ganz neue Situation.“

bilen, peripheren Beschäftigungen, sie haben eher Grund zur Sorge. Vor allem die, die im Dienstleistungssektor, im Tourismus, in Restaurants etc. tätig waren, sind von der Krise stärker betroffen als diejenigen, die im Homeoffice arbeiten oder am Arbeitsplatz Social Distancing betreiben können.

Inwiefern haben Ihrer Beobachtung nach insbesondere Frauen unter der Krise und ihnen zugeschriebenen veralteten Rollenbildern gelitten?

Sie sprechen Behauptungen an, die von den üblichen Wortführerinnen angestellt wurden, nur ist für mich nicht erkennbar, wie es hätte anders laufen sollen. Natürlich tauchen jetzt die alten Schemata der weiblichen Kompetenzen verstärkt auf – in Pflegeberufen beispielsweise, im pädagogischen Bereich und in der familiären Kinderbetreuung. Diese Bereiche waren nie Männerdomänen, und es wäre erstaunlich, wenn sie durch eine Krise dazu würden. Ich glaube eher, dass die aktuelle Situation die traditionellen Unterscheidungen zwischen den Tätigkeiten von Männern und Frauen wieder etwas verstärkt hat, nachdem sie durch die kulturelle, luxuriöse Relativierung ins Mehrdeutige verschoben worden war. Die Leute, die sich darüber beschwerten, sagen jedenfalls mehr über sich selbst aus als über die gesellschaftlichen Wirklichkeiten, die tatsächlich immer noch von einer Geschlechterpluralität bestimmt ist. Wir haben keine Äquivalenz der Geschlechterrollen mit in die Wiege bekommen. Das wird in solchen Situationen auf verschiedene Weise sichtbar. Ich erinnere mich an alte marxistische Kameraden, die sagten: „Ihr Scheißbürger, ihr kriegt nur Geschlechterkämpfe zusammen, keine ordentlichen Klassenkämpfe.“ Wir sind immer noch auf diesem Punkt. Beim Geschlechterkampf ist es zudem so, dass die Konfliktparteien oft zusammenleben und das Bett teilen. Die Formel von Agentenromanen, „Sleeping with the Enemy“, lässt sich auf diese Art von Konflikt anwenden. Man sollte also die Kirche im Dorf lassen.

Welche Auswirkungen könnte die Corona-Krise auf die Digitalisierung in Zusammenhang mit Integration haben? Denn ein kräftiger Digitalisierungsschub wird ja erwartet, aber werden bei dieser Entwicklung alle mitkommen?

Ich finde es überhaupt erstaunlich, wie schnell die digitale Alphabetisierung in den Mittelschichten der westlichen Gesellschaften durchgeschlagen hat. Vor allem, wenn man bedenkt, wie lange die primäre, handschriftliche Alphabetisierung der Bevölkerung gedauert hat. Das war ein Jahrhunderte andauernder Prozess und hat zum Ergebnis geführt, dass wir immer noch bei 20 Prozent der Bevölkerung funktionalen Analphabetismus haben, der zumeist unsichtbar bleibt. Die stürmische Entwicklung auf dem Gebiet der digitalen Kompetenzen an sich ist also das bemerkenswerte Faktum.

Eine Entwicklung, bei der viele zurückbleiben werden ...

Das ist richtig, aber unvermeidbar. Als die Schrift erfunden wurde, lag der Anteil der Alphabetisierten bei ein bis zwei Prozent der Gesamtbevölkerung. Selbst Karl der Große lernte erst als erwachsener Kriegsherr lesen und schreiben, was im schwerer fiel als die Sachsen umzubringen. Mit den digitalen Kompetenzen setzen sehr schnell irreversible Spezialisierungen ein, über Nacht entstehen neue Expertokratien. Plötzlich hat jeder von uns die Nummer eines IT-Experten in seinem Adressbuch, den man sogar in der Nacht anrufen kann. Die meisten Menschen kommen in ihrem ganzen Leben nicht in die Verlegenheit, sich einen Anwalt zu nehmen oder einen Psychotherapeuten aufzusuchen, aber erstaunlich viele müssen sich an jemanden wenden, der ihnen bei einer Computerpanne hilft. Ich sehe das positiv, da durch diese Spezialisierungen auch die Kreativität wächst. Denn Kreativität ist ja nichts Allgemeines, sondern bezieht sich auf bestimmte Problemprovinzen, um in einem kleinen Raum ein Novum zu finden. Insgesamt glaube ich im Übrigen, dass diese Krise als Faktor der Verlangsamung aller Lebensbereiche in Erinnerung bleiben werden. Viele träumen davon, so schnell wie möglich in ihr altes Leben

zurückzukehren, das halte ich für einen suspekten Reflex, denn die Lektion der vergangenen Monate war vor allem die, dass man vom Zurückschrauben mancher Lebensfunktionen nicht unmittelbar zugrunde geht. Ganz im Gegenteil.

„Insgesamt glaube ich im Übrigen, dass diese Krise als Faktor der Verlangsamung aller Lebensbereiche in Erinnerung bleiben werden.“

Peter Sloterdijk

ist deutscher Philosoph und gilt als einer der bedeutendsten Intellektuellen des deutschsprachigen Raums. Zu seinen wichtigsten Werken zählen – neben der Sphären-Trilogie (1998 - 2004), in der er die Geschichte der Menschheit neu erzählt – auch „Kritik der zynischen Vernunft“ (1983), „Der ästhetische Imperativ“ (2007) sowie „Gottes Eifer. Vom Kampf der drei Monotheismen“ (2007).

Im Gespräch

Gudrun Biffel



Gudrun Biffel betont, dass Frauen in der Coronakrise infolge von Haushalt plus Homeoffice plus Kinderbetreuung im Zusammenhang mit Schließung von Schulen und Kindergärten etc. besonders belastet wurden. Traditionelle patriarchale Verhaltensmuster wurden sichtbar und verstärkt, zumindest in vielen Haushalten. Auch die Gewalt in der Familie nahm zu, nicht zuletzt infolge einer eingeschränkten Bewegungsfreiheit und knappen Wohnraums.

„Der Konjunkturereinbruch wird jedenfalls nicht in einem Jahr vorüber sein, sondern dürfte mindestens drei Jahre anhalten.“

Welche Auswirkungen könnte die Corona-Krise mittel- und langfristig auf Migrationsbewegungen in Europa und weltweit haben?

Ich bin davon überzeugt, dass die Corona-Krise einen nachhaltigen Effekt haben wird – hin zu mehr Digitalisierung und Fokus auf Sicherstellung der Nahversorgung, dass aber von der jetzigen Wirtschaftskrise, die vielleicht in drei Jahren überwunden sein wird, längerfristig negative Auswirkungen auf globale Ungleichgewichte ausgehen. Davon können ein zusätzlicher Migrationsdruck sowie politische Unruhen in ärmeren Ländern ausgehen. Die Umweltproblematik und Klimakrise bleiben erhalten, daher ist an Klimazielen und dem Green Deal der EU festzuhalten.

Welche gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen sehen Sie?

Das Überdenken der globalen Wertschöpfungs- und Lieferketten, das geht aber nicht von einem Tag auf den anderen. Der Fokus auf Nahversorgung und Bio wird die Produktionskosten und damit Konsumgüterpreise erhöhen, wird aber auch zu Experimenten bzw. Innovation in der Nahversorgung führen, auch in der Finanzierung, etwa PPP, also Public-private-Partnerships. Gesellschaftliche – migrationsbedingte, aber nicht nur – Superdiversität stellt hohe Anforderungen an die Sicherung des sozialen Zusammenhalts, da die große Gefahr der

gesellschaftlichen Fragmentierung wie die Ethnisierung der sozialen Klassen besteht, insbesondere auch in der Arbeitswelt – mit neuen und alten Formen der Prekarisierung. Die Sicherung der Sozialsysteme wird zur Herausforderung – wie stellen wir ihre Finanzierung sicher? Welches Steuersystem bzw. welche Reformen darin brauchen wir?

Fallen Ihnen vergleichbare Ereignisse in der Geschichte ein?

Ja, was die pandemische Entfaltung von Krankheiten anbelangt, etwa die Pest, Pocken, Cholera, Typhus etc. vom 17. bis 19. Jahrhundert, die Grippepandemie von 1918 bis 1920 mit Ursprung in den USA durch Geflügel in Verbindung mit dem 1. Weltkrieg. Später die Asiatische Grippe 1957/58 aus China sowie die Hongkong-Grippe von 1968 bis 1970, die Russische Grippe 1977/78 etc., die aber alle nicht mehr so gefährlich waren, da es schon einen Impfstoff und eine gewisse Herdenimmunität gab, die den individuellen Verlauf abschwächten. Die jüngeren Corona-Virenepidemien, SARS 2002/2003 in Asien und MERS 2012 auf der Arabischen Halbinsel, waren bzw. sind auf bestimmte Regionen konzentriert, ebenso wie Ebola. Nur die erste Grippeepidemie 1918–20 ist mit ihrem weltumfassenden gesundheitlichen Effekt auf die Menschen mit Covid-19 vergleichbar – aber unser wirtschaftlicher, medizinischer und institutioneller Entwicklungsgrad und damit der

„Gesellschaftliche – migrationsbedingte, aber nicht nur – Superdiversität stellt hohe Anforderungen an die Sicherung des sozialen Zusammenhalts, da große Gefahr der gesellschaftlichen Fragmentierung wie die Ethnisierung der Sozialen Klassen besteht, insbesondere auch in der Arbeitswelt – mit neuen und alten Formen der Prekarisierung.“

Lebensstandard ist heute in der industrialisierten Welt deutlich höher als damals, was die Zahl der Todesfälle reduziert. Die Herausforderung dabei ist der globale Süden und die Covid-Verweigerung von bestimmten Politikern wie in Brasilien, den USA und Russland.

Und in Bezug auf Migration?

Aufgrund der starken wirtschaftlichen Vernetzung und der damit verbundenen systemisch notwendigen Migration ist heute der wirtschaftliche und gesellschaftliche Fallout besonders ausgeprägt. Zuerst betroffen waren persönliche Dienstleistungen wie etwa FriseurInnen und PhysiotherapeutInnen sowie der grenzüberschreitende Tourismus. Damit verbunden waren Einkommenseinbrüche und daraus folgend verringerter Konsum. Die Einschränkung der innereuropäischen Migration, Stichwort Pflege und Erntehelfer, brachte bestimmte Betriebe und Branchen in Schwierigkeiten – aber auch die Betreuung pflegebedürftiger Personen. Nicht zuletzt auch die Unterbrechung grenzüberschreitender Produktions- und Distributionsketten legte weite Teile der Industrie und Verteilung wie den Transport lahm. Die Folge war der Zusammenbruch weiterer Teile der Wirtschaft. Das ist ein gänzlich anderes Szenarium als bei der Finanzkrise 2008.

Mit welchen Konsequenzen?

Es wird zum kurz- bis mittelfristigen Anstieg der Arbeitslosigkeit kommen, zur Verarmung bestimmter Personengruppen, nicht zuletzt auch als Folge der Reform der Sozialhilfe 2019, die bestimmte Personengruppen gegenüber vor 2016 deutlich schlechterstellt; ebenso zu einem Umdenken der traditionellen Produktions- und Arbeitsmethoden – also mehr Digitalisierung, mehr Roboter und künstliche Intelligenz, mehr Homeoffice, mehr Kleingruppen und Teamarbeit, mehr Onlineshops – eventuell auch mehr österreichische Vermarktungsplattformen. Auch ein stärkerer Fokus auf die Nahversorgung ist zu erwarten – dazu potenziell eine Verschränkung von lokaler Gemeinwesenökonomie mit Industrie, Gewerbe, Energieproduktion und

-versorgung – und damit Dezentralisierung, verbunden mit nachhaltigen Mobilitätskonzepten als mittelfristigem Effekt. Der Konjunkturunbruch wird jedenfalls nicht in einem Jahr vorüber sein, sondern dürfte mindestens drei Jahre anhalten. Generationenkonflikte nehmen mit schwachem Wirtschaftswachstum zu, da die Jugend verringerte bzw. unsichere Lebensperspektiven hat. Die Kooperationen zwischen Alt und Jung in der Arbeitswelt müssen bewusst gefördert werden, da man von dem jeweils anderen lernen kann. Es braucht zudem Beschäftigungsprojekte zur Sicherung der Eigenständigkeit mit sinnstiftenden Tätigkeiten.

Welche Lehren lassen sich aus den vergangenen Monaten bezüglich Zusammenhalt und Solidarität ziehen?

Österreich hat zwar einen guten sozialen Zusammenhalt unter Alt-ÖsterreicherInnen, allerdings einen zum Teil problematischen Umgang mit Migration und Integration. Aber in der Corona-Krise zeigten sich auch Animositäten gegen zugereiste Zweitwohnsitzbesitzer, was auf einen problematischen Umgang mit innerösterreichischer Mobilität hinweist. Kampagnen zur Förderung einer Willkommenskultur wären meines Erachtens notwendig und auch die Offenheit gegenüber einer experimentellen Integrationspolitik. Zu hoffen ist, dass die Corona-Krise zu einer größeren Akzeptanz und einem höheren Stellenwert von Bildung und Forschung beiträgt. Offenheit gegenüber Forschung und Entwicklung wäre notwendig, auch politische Bildung, als Grundlage für eine lernfreudige Bevölkerung, die den Umgang mit „externen“ Schocks wie Covid-19 erleichtert bzw. auf eine andere Ebene hebt.

Welche Personengruppen werden aus der Krise geschwächt hervorgehen?

Gering Qualifizierte, häufig mit Migrationshintergrund, die bildungs- und kulturfern sind, vor allem auch mit geringen digitalen Kompetenzen. Ärmere Bevölkerungsgruppen, insbesondere dann, wenn der kulturelle Hintergrund nicht in der EU verortet ist und die

„Traditionelle patriarchale Verhaltensmuster wurden sichtbar und verstärkt, zumindest in vielen Haushalten. Auch die Gewalt in der Familie nahm zu, nicht zuletzt infolge einer eingeschränkten Bewegungsfreiheit und knappem Wohnraum.“

Deutschkenntnisse schlecht sind. AlleinerzieherInnen, Mehrkindfamilien mit Alleinverdienern.

Die Corona-Krise hat ja auch zu so etwas wie einer Schicksalsgemeinschaft geführt, in der alle im selben Boot sitzen. Hat das irgendwelche Auswirkungen auf das Zugehörigkeitsgefühl von Migranten? Und langfristig vielleicht auch auf das Integrationsklima?

Der Soziologe Kenan Güngör vertritt diese Meinung und belegt sie auch mit Befragungen von MigrantInnen. Zumindest kurzfristig dürfte sich also das Zugehörigkeitsgefühl der MigrantInnen im Schnitt verbessert haben – nicht zuletzt, weil Österreich die gesundheitliche Dimension des Umgangs mit Corona im internationalen Vergleich gut gemeistert hat. Aber angesichts der starken ethnisch-kulturellen sozialen Schichtung und damit verbundener struktureller Diskriminierung sind Ressentiments bestimmter Personengruppen, insbesondere aus Afrika und Muslime im Allgemeinen, einerseits und Misstrauen gegenüber diesen Personengruppen vonseiten der Aufnahmegesellschaft andererseits wohl schwer zu überwinden. Das Integrationsklima kann nur über eine differenzierte Integrationspolitik gefördert werden. Das wäre jetzt ein guter Zeitpunkt dafür.

Wie sieht die Situation insbesondere von Frauen durch die Auswirkungen des Coronavirus aus?

Wie schon mehrfach in den Medien ausgeführt, wurden Frauen in der Corona-Krise besonders belastet, infolge von Haushalt plus Homeoffice plus Kinderbetreuung im Zusammenhang mit Schließung von Schulen und Kindergärten etc. Traditionelle patriarchale Verhaltensmuster wurden sichtbar und verstärkt, zumindest in vielen Haushalten. Auch die Gewalt in der Familie nahm zu, nicht zuletzt infolge einer eingeschränkten Bewegungsfreiheit und knappen Wohnraums. Was man dagegen tun kann? Eine verbesserte Infrastruktur in den Bereichen Kindergarten, Schule, Pflege schaffen – das bedeutet mehr Lernunterstützung in Schulen, auch mehr Peer Learning ganztags – weg von Defizitorientierung hin zu

Stärken suchen und fördern, auch qualitativ hochwertige Kindergärten, die Kinder fördern, sowie leistbare Pflege und Unterstützung im Haushalt und außerhalb.

Haben Sie Informationen darüber, welcher Kommunikationsmittel, auch transnational, und welcher Medien sich Migranten in Österreich während der Krise bedient haben?

Während es in Deutschland laufend Erhebungen zur Mediennutzung der MigrantInnen gibt, ist das in Österreich nicht der Fall. Wir berufen uns auf anekdotische Informationen, haben dazu aber keine repräsentativen Erhebungen. Eine IFES-Erhebung aus 2007 zeigt, dass sich zwar die Nutzung des Fernsehens kaum zwischen den Herkunftsländern unterscheidet – mehr als zwei Drittel sehen jeden Tag fern –, dass aber die Themen je nach Herkunftsland sehr unterschiedlich sind – am stärksten ist die Orientierung am Herkunftsland bei türkischstämmigen MigrantInnen. Einen Internetzugang besitzt der Großteil, die Jugend nutzt sehr stark soziale

„Was den Arbeitsmarkt anbelangt, waren MigrantInnen stärker von Jobverlusten betroffen, vor allem Jugendliche, die Zahl der NEETS, also Not in Education, Employment or Training, mit Migrationshintergrund dürfte also steigen.“

Medien, so viel wissen wir. Dass es zu einem lebhaften Informationsaustausch mit dem Herkunftsland kommt, dürfte vor allem auf die Nutzung des Internets und der sozialen Medien zurückzuführen sein.

Sie haben vorhin die Digitalisierung erwähnt. Welche Auswirkungen könnte die Corona-Krise auf die Digitalisierung in Zusammenhang mit Integration haben? Denn ein kräftiger Digitalisierungsschub wird ja erwartet, aber werden alle Menschen mitkommen?

Wenn es keine Förderung der MigrantInnen – eventuell über die Schule – gibt, werden viele, vor allem gering Qualifizierte, zurückgelassen. In der Stärkung der Erwachsenenbildung, insbesondere der Basisbildung, läge ein wichtiger Hebel zur Inklusion, aber das betrifft auch die gering Qualifizierten in der Stammbevölkerung

Haben in Österreich lebende Migranten die Krise anders wahrgenommen als die Mehrheitsbevölkerung? Waren sie vielleicht auch anders betroffen?

Dazu gibt es keine repräsentativen Erhebungen, nur anekdotische Informationen, etwa was das Erreichen von Kindern mit Migrationshintergrund über die Schulen anbelangt. Was den Arbeitsmarkt anbelangt, waren MigrantInnen stärker von Jobverlusten betroffen, vor allem Jugendliche, die Zahl der NEETS, also Not in Education, Employment or Training, mit Migrationshintergrund dürfte also steigen.

„Zu hoffen ist, dass die Corona-Krise zu einer größeren Akzeptanz und einem höheren Stellenwert von Bildung und Forschung beiträgt.“

Gudrun Biffl

ist Arbeitsökonomin, Wirtschafts- und Migrationsforscherin sowie Mitglied des Expertenrats für Integration. Sie war Leiterin des Departments für Migration und Globalisierung der Donau Universität Krems. 2009 erhielt sie das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich und 2017 den Gabriele-Posanner-Würdigungspreis für ihr Lebenswerk im Zeichen der Geschlechterforschung des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft.

Im Gespräch

Rudolf Bretschneider



Rudolf Bretschneider verdeutlicht, dass Migrationsbewegungen durch eine Reihe von Faktoren beeinflusst sind, die oft wirtschaftlichen und/oder politischen Charakter haben, und durch die Umstände in den Zielländern – sowie jenen, die man durchqueren muss – ermöglicht bzw. be- oder verhindert werden.

„Frauen in Gesundheits- und Pflegeberufen, im Lebensmittelhandel und anderen systemrelevanten Stellen waren den üblichen Doppelbelastungen noch stärker ausgesetzt als in der ‚alten Normalität‘.“

Welche Auswirkungen könnte die Corona-Krise mittel- und langfristig auf Migrationsbewegungen in Europa und weltweit haben?

Mangels empirischer Daten kann man zu dieser weitgefassten Frage nur mehr oder weniger plausible Überlegungen anstellen. Der Rückgriff auf ähnliche Ereignisse ist schwer. Zu außergewöhnlich sind die Merkmale dieser Pandemie: die schnelle, nahezu weltweite Ausbreitung als Folge der Globalisierung, die schweren wirtschaftlichen Konsequenzen und die vermutete Persistenz von Covid-19. Migrationsbewegungen sind bekanntlich durch eine Reihe von Faktoren beeinflusst, die oft wirtschaftlichen und/oder politischen Charakter haben, und durch die Umstände in den Zielländern – sowie jenen, die man durchqueren muss – ermöglicht bzw. be- oder verhindert werden. Ich nehme an, dass die Sensibilität für Epidemieprobleme zumindest in Europa einige Jahre anhalten und entsprechende Beschränkungen zur Folge haben wird – Kontrollen, Quarantäneregelungen etc. Und das lange über ein epidemisches Ereignis hinaus. Man denke an die lange geltenden Regeln infolge der

Furcht vor Maul- und Klauenseuche, die in manchen Ländern in Kraft waren. Also: Ich vermute, dass die Probleme für Migranten steigen werden und die Schwierigkeiten, faire Regeln zu finden, ebenso.

Und welche gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen sehen Sie?

Die wirtschaftlichen Auswirkungen – und die haben ja wohl zwangsläufig ihre „Erschütterungsausläufer“ in der Gesellschaft – zeichnen sich ab. Nach ziemlich einheitlicher Einschätzung von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern werden sie die schon bisher einkommensschwachen Gruppen treffen: jene, die beengt leben, beruflich wenig qualifiziert sind, und unter diesen sind auch Migranten überproportional stark zu finden. Wie sehr es dadurch zu sozialen Spannungen, ja Eruptionen kommt, hängt auch von der Qualität der nationalen oder regionalen Governance ab. Europäische Staaten schneiden bei der Analyse von „Good Governance“ besser ab als etwa die USA. Geld allein genügt nicht.

Fallen Ihnen vergleichbare Ereignisse in der Geschichte ein?

Ursachen und Verbreitung, ja selbst Opferzahlen von Epidemien kann man vergleichend betrachten. Den Rahmen nicht. Nicht die Ausbreitungsgeschwindigkeit unter Globalisierungsbedingungen, nicht die – national wohl auch unterschiedlich dichten – Medienberichte, die ihrerseits ihre psychologische Wirkung haben, nicht die weltweite wissenschaftliche Kooperation wie die Suche nach einem Impfstoff, nicht die wirtschaftliche Krise, die weltweite Wirkung hat und auch Länder trifft, die von Covid-19 nur gestreift wurden. Kulturgeschichtlich relativ neu scheint, dass man sich Rettung nur mehr selten von der Religion, sondern von der Wissenschaft und vom Staat erwartet – was das Auftreten von Wunderheilern oder Politikern, die mit den von ihnen favorisierten Medikamenten „herumdoktern“, nicht ausschließt.

Die Corona-Krise hat ja auch zu so etwas wie einer Schicksalsgemeinschaft geführt, in der alle im selben Boot sitzen. Hat das irgendwelche Auswirkungen auf das Zugehörigkeitsgefühl von Migranten? Und langfristig vielleicht auch auf das Integrationsklima?

Die starke Betonung der Wichtigkeit von Zusammenhalt in der ersten Phase der Pandemie mag eine Zeit lang den Eindruck erweckt haben, dass vor der Krankheit alle gleich seien. Dass Rücksichtnehmen von allen Menschen gleichermaßen gefordert sei. Doch bald wurde die besondere Gefährdung bestimmter Gruppen wie ältere Menschen und Personen in beengten oder schlechten Wohnverhältnissen deutlich. Vor allem die wirtschaftlichen Folgen betreffen verschiedene Bevölkerungsgruppen in recht unterschiedlicher Weise. Eine Sonderrolle der Migranten während des Lockdowns wurde zwar nicht betont; sie wurden aber auch nur selten als besondere Zielgruppe – für Informationen oder Tests – apostrophiert. Eher traf das später für Erntearbeiter

„Die wirtschaftlichen Auswirkungen – und die haben ja wohl zwangsläufig ihre „Erschütterungs-Ausläufer“ in der Gesellschaft – zeichnen sich ab. Nach ziemlich einheitlicher Einschätzung von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern werden sie die schon bisher einkommensschwachen Gruppen treffen: Jene, die beengt leben, beruflich wenig qualifiziert sind, und unter diesen sind auch Migranten überproportional stark zu finden.“

oder Mitarbeiter in Schlachthöfen zu. Migranten wurden aber auch nicht als Sündenböcke für die Verbreitung des Virus bezeichnet – eine Rolle, die Zuwanderern in historischen Krisen mitunter zugewiesen wurde. Langfristig wird das Integrationsklima wohl durch andere Faktoren bestimmt und nicht unmittelbar durch die Corona-Krise.

Wie sieht die Situation besonders von Frauen durch die Auswirkungen des Coronavirus aus?

Es bedürfte detaillierter empirischer Daten, um die Betroffenheit von Frauen in Österreich während der Krise zu analysieren. Frauen in Gesundheits- und Pflegeberufen, im Lebensmittelhandel und anderen systemrelevanten Stellen waren den üblichen Doppelbelastungen noch stärker ausgesetzt als in der „alten Normalität“. Für Frauen, die den Lockdown ausschließlich zu Hause verbrachten, hing die Bewältigung der Situation wohl stark von den räumlichen (Un-)Möglichkeiten, den Miteingeschlossenen und der Kultur des üblichen Zusammenlebens ab.

Haben Sie Informationen darüber, welcher Kommunikationsmittel und Medien sich Migranten in Österreich während der Krise bedient haben?

Die Kommunikationsmittelnutzung hat sich während der Krise intensiviert. Was die Informationen über Covid-19 betrifft, ist sie über die bisher gewohnten Kanäle gelaufen – mit höherer Frequenz. Intensiviert hat sich auch der Austausch via Onlinetools, soziale Medien und herkömmliche interpersonelle Kommunikationsmittel wie Telefon.

„Für Frauen, die den Lockdown ausschließlich zu Hause verbrachten, hing die Bewältigung der Situation wohl stark von den räumlichen (Un-)Möglichkeiten, den Miteingeschlossenen und der Kultur des üblichen Zusammenlebens ab.“

„Dennoch ist mit Sicherheit anzunehmen, dass vielfach prekäre Wohn- und Arbeitsverhältnisse einzelne Migrantengruppen überproportional stark getroffen haben.“

Welche Auswirkungen könnte die Corona-Krise auf die Digitalisierung in Zusammenhang mit Integration haben? Denn ein kräftiger Digitalisierungsschub wird ja erwartet, aber werden alle Menschen mitkommen?

In der Coronazeit hat Homeoffice bekanntlich einen starken Schub erhalten. Diese Erfahrung wird weiterwirken. Onlineunterricht wurde – oft improvisiert – praktiziert und das legte auch mangelnde Kenntnisse und fehlende Voraussetzungen offen. Kreative erprobten neue Konzepte. Anfänger erlernten für sie neue Techniken. Routinen entwickelten sich. Das wird natürlich Auswirkungen auf künftige Praktiken haben. Natürlich auch bei Aktivitäten, die bei Integration helfen: beim schnelleren Angebot von Information, bei der Entwicklung und dem Einsatz von Kursmaterial, bei Sprachstudium, bei Kontaktvermittlung. Was man in der Not gelernt hat, wird im Alltag helfen.

Implizit haben wir darüber schon geredet, aber noch einmal ganz konkret: Haben in Österreich lebende Migranten die Krise anders wahrgenommen als die Mehrheitsbevölkerung?

Bei oberflächlicher Betrachtung von Umfragedaten, die die Gruppe der Befragten mit Migrationshintergrund nicht weiter differenzieren bzw. differenzieren können, sind die Reaktionen auf die Krise – gesundheitliche und wirtschaftliche Besorgtheit, Einschätzung der Maßnahmen, Vertrauen in die Politik etc. – jenen der restlichen Bevölkerung recht ähnlich. Andere demografische Kategorisierungen wie Alter und Haushaltseinkommen lassen Unterschiede deutlicher hervortreten. Dennoch ist mit Sicherheit anzunehmen, dass vielfach prekäre Wohn- und Arbeitsverhältnisse einzelne Migrantengruppen überproportional stark getroffen haben. Da wird es nur, wenn überhaupt, ein kleiner Trost gewesen sein, dass die Bedrohung durch Covid-19 in Österreich deutlich niedriger war als in vielen Herkunftsländern von Migranten.

Rund um die Corona-Krise sind viele Fake News im Umlauf. Gibt es Erfahrungen, ob Migranten anders mit Fake News umgehen als die Mehrheitsbevölkerung?

Was man an „News“ aufnimmt und glaubt, hängt stark vom Vertrauen ab, das man der Nachrichtenquelle entgegenbringt. Überdies sucht man oft nach Bestätigung der eigenen Auffassung. Angesichts des bedrohlichen Unbekannten – also Virus und Pandemie – sind wenige Menschen mit Kenntnissen ausgestattet, auf die man neu verfügbare Informationen beziehen kann. Das kann zum Rückgriff auf „Meta-Erklärungen“, die jenseits wissenschaftsgestützter Informationen liegen, führen; so etwa, dass man die Pandemie als „rächende Heimsuchung“ oder als „Zurückschlagen der Natur“ etc. betrachtet. Die hierzulande ziemlich einheitliche und meist wissenschaftsgestützte Darstellung der Pandemie war sicher vorteilhaft, um massiv wirksame und anhaltende Fehlvorstellungen wie Verharmlosung und „alternative Therapien“ zu vermeiden, die in anderen Ländern Verbreitung fanden. Die Zustimmung der Menschen mit Migrationshintergrund zu den verordneten Regeln glich denen der restlichen Bevölkerung. Auch das Gefühl, ausreichend informiert zu sein, war ähnlich hoch. Was nicht ausschließt, dass man insgesamt an einer Hebung des „Gesundheitswissens – „health literacy“ – arbeiten muss, Stichwort: Impfbereitschaft.

Rudolf Bretschneider

ist seit mehr als 50 Jahren in der Sozial- und Marktforschung tätig. Er war 37 Jahre lang als Geschäftsführer der GFK Österreich und anschließend als Konsulent tätig.

Im Gespräch

Rainer Münz



Rainer Münz erläutert, dass Einheimische fast überall in Europa größere Wohnungen, häufiger ein Eigenheim, einen Eigengarten oder einen Zweitwohnsitz im Inland als Zugewanderte besitzen. Dadurch wurden Zeiten mit Ausgangssperren und Kontaktbeschränkungen von Einheimischen und Zugewanderten wohl anders erlebt.

Welche Auswirkungen könnte die Corona-Krise mittel- und langfristig auf Migrationsbewegungen in Europa und weltweit haben?

Die Pandemie hatte schon zu Beginn unmittelbare Auswirkungen auf internationale Mobilität und Migration. Zum einen schloss die EU ihre externen Schengengrenzen gegenüber dem Rest der Welt. Zum anderen unterbanden die meisten EU-Staaten auch den innereuropäischen Verkehr. Grenzüberschreitende Fahrten mit dem Auto waren kaum möglich. Internationale Bahn-, Bus- und Flugverbindungen fielen aus. Das hinderte Menschen klarerweise nicht nur am Reisen, sondern erschwerte auch die Ein- und Auswanderung sowie das Pendeln zu Arbeitsorten jenseits der Grenze. Selbst die Zahl der Asylanträge ging vorübergehend deutlich zurück. Bedeutsamer sind allerdings die mittel- und langfristigen Auswirkungen. Sie haben sowohl mit der Unterbrechung globaler Liefer- und Wertschöpfungsketten als auch mit diversen Maßnahmen zu tun, die zur Eindämmung der Covid-19-Epidemie ergriffen wurden und zum Teil immer noch getroffen werden – insbesondere in Ländern und Regionen, die von einer „zweiten Welle“ oder von vorübergehenden Wiederanstiegen des Infektionsgeschehens betroffen sind. Dazu gehörten bzw. gehören: Ausgangs- und Reisebeschränkungen, frühe Sperrstunden, vor allem aber die vorübergehende Schließung von Geschäften, Restaurants, Clubs, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie die Durchführung von Sport-Events ohne Publikum.

„Sowohl die Arbeitsmigration im Rahmen der Freizügigkeit innerhalb der EU als auch die Zuwanderung von Arbeitskräften aus Drittstaaten in die EU werden daher über mehrere Jahre geringer ausfallen als 2018 und 2019.“

Mit weitreichenden Folgen ...

Das alles bewirkte ab März 2020 in allen Ländern Europas eine Rezession – also einen Rückgang der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung. Unmittelbare Auswirkungen waren: ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit, eine hohe Zahl an Personen in Kurzarbeit und eine wachsende Zahl junger Schul- und Hochschulabgänger/innen, die keine Chance auf einen Berufseinstieg bekamen. Als Nachwirkung dieser Rezession und als Folge von Personalabbau, Konkursen und gestoppten Projekten, darunter Effekte, die erst mit einer gewissen Zeitverzögerung erfolgen, ist für eine Periode von mehreren Jahren mit höherer Arbeitslosigkeit zu rechnen. Dies wird die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften ausländischer Herkunft stark reduzieren. Sowohl die Arbeitsmigration im Rahmen der Freizügigkeit innerhalb der EU als auch die Zuwanderung von Arbeitskräften aus Drittstaaten in die EU werden daher über mehrere Jahre geringer ausfallen als 2018 und 2019. Vergleichbare Rückgänge sind auch in klassischen Einwanderungsländern wie den USA, Kanada und Australien zu erwarten.

Welche gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen sehen Sie?

Am spürbarsten sind wohl der Digitalisierungsschub, die Verringerung des Reiseverkehrs und die weite Verbreitung des Arbeitens von zu Hause. Diese coronabedingten Innovationen werden auch ein mögliches Abklingen der Epidemie überdauern: Arbeiten von daheim, also Homeoffice, statt täglicher Präsenz am bzw. tägliches Pendeln zum Arbeitsplatz, Tele-Konferenzen statt Dienstreisen, Nachtzug statt Flugzeug, Urlaub im Inland statt Kreuzfahrt oder Fernreise, Onlineshopping statt Einkaufsbummel. Für längere Zeit wird sich auch das höhere Niveau an Arbeitslosigkeit bemerkbar machen. Junge Menschen an der Schwelle zum Berufseinstieg, Erwachsene mit geringer Qualifikation und Personen mit Migrationshintergrund sind davon im Schnitt stärker betroffen als andere Bevölkerungsgruppen. Die 2020 wieder stark angestiegene Staatsverschuldung wird eine noch längere Periode niedriger oder negativer Zinsen bewirken, als es ohne Corona-Rezession der Fall gewesen wäre. Und früher oder später muss es zu einer Konsolidierung der nun viel stärker verschuldeten öffentlichen Haushalte kommen, was ebenfalls gesamtgesellschaftliche Auswirkungen haben wird. Personen, Gruppen, die staatliche Transferzahlungen oder staatliche Subventionen beziehen, dürfte dies stärker treffen als andere, weil diese Budget-Konsolidierung eher ausgabenseitig als durch Steuererhöhungen erfolgen dürfte.

„Die Pandemie hatte schon zu Beginn unmittelbare Auswirkungen auf internationale Mobilität und Migration.“

Gibt es eigentlich vergleichbare Ereignisse in der Geschichte?

Ein vergleichbares Ereignis mit globaler Auswirkung war die plötzliche Anhebung der Rohölpreise in den Jahren 1973 und 1979. Dieser Preisanstieg beendete ein dreizehntes währendes Wirtschaftswachstum – das sogenannte „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegszeit. Die Folgen waren gravierend: Inflation und eine rasch steigende Arbeitslosigkeit nach einer längeren Zeit der Vollbeschäftigung. Etliche Länder beendeten von einem Tag auf den anderen die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte. Zugleich motivierte der hohe Ölpreis erstmals nach 1945, in höhere Energieeffizienz zu investieren sowie alternative bzw. erneuerbare Energiequellen zu entwickeln. Zeitweise gab es – um Energie zu sparen – „autofreie“ Sonntage und andere Fahrverbote für Privatfahrzeuge. Österreichs Schulen wurden im Winter eine Woche lang geschlossen, um Heizmaterial zu sparen. Deshalb hießen die seither bestehenden Semesterferien ursprünglich „Energieferien“.

Fällt Ihnen auch ein Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit ein?

Die Banken- und Finanzkrise ab 2008 hatte ebenfalls globale Auswirkungen. Auch sie beendete eine längere Phase des Wirtschaftswachstums. Banken gingen pleite oder mussten vom Staat gerettet werden. Mehrere Staaten konnten keine neuen Staatsanleihen zu vertretbaren Zinsen mehr platzieren und gerieten dadurch an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Die von der Finanz- und Staatsschuldenkrise ausgelösten Rezessionen der Jahre 2008/09 und 2011 führten zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit. In der Folge gab es bis 2016 viel weniger Arbeitsmigration aus Drittstaaten in Länder der EU. Eine ganz andere Entwicklung mit globalen Auswirkungen ähnlicher oder noch größerer Dimension steht uns erst bevor: die zum Teil bereits bemerkbare Erwärmung der Erdatmosphäre. In Zukunft werden langanhaltende Hitzewellen, Dürren, Bodenversalzung, Stürme mit Starkregen, auftauender Permafrost-Boden in arktischen Regionen und der Anstieg des Meeresspiegels viel stärkere Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft haben als

die aktuelle Corona-Krise. Im Gegensatz zu den Ölpreisschocks der 1970er-Jahre, zur Finanzkrise 2008/09 und zur Corona-Krise wird die Klimakrise die Binnenmobilität und die internationale Migration nicht verringern, sondern zu mehr Mobilität führen. Schon in der jüngeren Vergangenheit bewirkten extreme Wetterlagen, dass jedes Jahr im Schnitt rund 20 Millionen Menschen ihre Häuser und Wohnungen für einen gewissen Zeitraum oder für immer verlassen mussten. Zwischen 2010 und 2019 gab es somit weltweit rund 200 Millionen Wetter- und Klimavertriebene, auch wenn davon in Europa bislang kaum etwas zu bemerken war.

Die Corona-Krise hat ja auch zu so etwas wie einer Schicksalsgemeinschaft geführt, in der alle im selben Boot sitzen. Hat das irgendwelche Auswirkungen auf das Zugehörigkeitsgefühl von Migranten? Und langfristig vielleicht auch auf das Integrationsklima?

Grundsätzlich können wir uns alle mit dem Covid-19-Virus anstecken und an den Folgen der Erkrankung auch versterben. Das erzeugt im Prinzip – wenn auch unfreiwillig – eine globale Schicksalsgemeinschaft. Diese endet jedoch in der Praxis an den jeweiligen Staatsgrenzen. Während der Corona-Krise waren und sind sich jeder Staat und jede Nation selbst am nächsten. Die unfreiwillige Schicksalsgemeinschaft erzeugte eher epidemiologisch und fiskalisch begründete Abschottung als internationale Solidarität. Die von Angela Merkel und Emmanuel Macron vorgeschlagene und von der EU-Kommission auf 750 Milliarden Euro erweiterte Sonderhilfe für besonders betroffene Länder und Regionen, der alle EU-Staaten schließlich zustimmten, ist allerdings ein Signal, dass europäische Solidarität grenzüberschreitend möglich ist. Zugleich zeigten die Diskussionen um den EU-Haushalt der Jahre 2021 bis 2027 sowie um die durch EU-Schulden finanzierte EU-Sonderhilfe: Das Bewusstsein einer europäischen Schicksalsgemeinschaft ist nicht überall gleich ausgeprägt.

„Für längere Zeit wird sich auch das höhere Niveau an Arbeitslosigkeit bemerkbar machen. Junge Menschen an der Schwelle zum Berufseinstieg, Erwachsene mit geringer Qualifikation und Personen mit Migrationshintergrund sind davon im Schnitt stärker betroffen als andere Bevölkerungsgruppen.“

Inwiefern?

Innerhalb nationaler Gesellschaften gab und gibt es ebenfalls beträchtliche Unterschiede. Um im Bild der Frage zu bleiben: Es sitzen zwar alle im selben Boot, aber einige hatten und haben weiterhin viel bessere Plätze als andere. Das gilt auch im Vergleich zwischen Einheimischen und Zugewanderten. So besitzen Einheimische fast überall in Europa größere Wohnungen, häufiger ein Eigenheim, einen Eigengarten oder einen Zeitwohnsitz im Inland als Zugewanderte. Dadurch wurden Zeiten mit Ausgangssperren und Kontaktbeschränkungen von Einheimischen und Zugewanderten wohl anders erlebt. Hinzu kommt, dass Migrantinnen und Migranten häufiger in Positionen und Branchen beschäftigt waren und sind, die keinen Rückzug ins Homeoffice zulassen. Dazu gehören Tätigkeiten im Gesundheitsbereich und in der Pflege, aber auch in Gastronomie und Tourismus sowie im Lebensmittel-Einzelhandel. Dadurch waren und sind sie der Gefahr einer Ansteckung deutlich stärker ausgesetzt. Und jene, die nicht von zu Hause arbeiteten, konnten sich in Zeiten ohne regulären Schulbetrieb weniger um ihre daheimbleibenden Kinder kümmern. Welchen Einfluss diese im Schnitt schwierigere Situation von Zugewanderten während der Corona-Krise auf ihr Zugehörigkeitsgefühl hatte, lässt sich mangels empirischer Daten kaum abschätzen. Gleiches gilt für das nicht zuletzt von der Stimmung in der Mehrheitsgesellschaft abhängige Integrationsklima. Die Grenzsperrungen, die bald nach Beginn der Epidemie in Europa verhängt wurden, machten uns im Frühjahr 2020 schlagartig bewusst, wie stark Wirtschaft und Gesellschaft in Ländern wie Deutschland, Österreich und der Schweiz von der Verfügbarkeit ausländischer Arbeitskräfte ohne ständigen Wohnsitz im Inland abhängig sind. Dies gilt beispielsweise für Pflegekräfte und Beschäftigte im Tourismus, die ab März 2020 entweder kurzfristig ausfielen oder eine Zeitlang nicht nach Hause zurückkehren konnten. Es gilt für einpendelnde Arbeiter, die in Schlachthöfen arbeiten; und es gilt für ausländische Erntehelferinnen und Erntehelfer. Ihnen wurde zwar von verschiedener Seite für ihre Opferbereitschaft und ihr Engagement öffentlich gedankt, aber für diesen Personenkreis besteht keinerlei Integrationsperspektive. Das Einkommensniveau ist in diesen Branchen

so gering, dass sich Einheimische und Zugewanderte mit festem Wohnsitz in Deutschland, Österreich und der Schweiz von diesen Formen der Erwerbsarbeit in der Regel nicht selbst erhalten könnten. Eben deshalb kommen mobile ausländische Arbeitskräfte zum Zug, die ihren eigenen Wohnsitz und den ihrer Familien in Ländern mit geringeren Lebenshaltungskosten haben. Diesen Umstand zog Österreich 2018 auch als Begründung heran, als diesen mobilen Arbeitskräften die Familienbeihilfe für ihre im Ausland lebenden Kinder gekürzt wurde.

Bei den Pflegekräften waren insbesondere Frauen betroffen. Welche Auswirkungen wird die Corona-Krise auf sie haben?

Eltern mit Betreuungspflichten waren von der durch Covid-19 bedingten Schließung von Krippen, Kindergärten und Schulen erheblich betroffen. Für sehr viele berufstätige Mütter bedeutete dies eine erhebliche Mehrfachbelastung, weil sie sich schon in Zeiten davor, aber erst recht in Zeiten der Corona-Krise, im Schnitt mehr um die eigenen Kinder kümmerten als berufstätige Väter. Ganz besonders betroffen waren einerseits alleinerziehende Mütter, andererseits Mütter, die ihre berufliche Tätigkeit nicht ins Homeoffice verlagern konnten. Dazu gehören insbesondere auch Mütter mit Migrationshintergrund, die im Gesundheits- und Pflegebereich sowie im Lebensmittelhandel gerade in der Krisenzeit für die Gesellschaft essenzielle Leistungen erbrachten und zugleich einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt waren.

Die Digitalisierung erwähnten Sie schon. Welche Auswirkungen könnte die Corona-Krise darauf in Zusammenhang mit Integration haben? Denn ein kräftiger Digitalisierungsschub wird zwar erwartet, aber werden alle Menschen mitkommen?

Einen Trend zur Digitalisierung wirtschaftlicher Transaktionen und sozialer Interaktionen gab es schon vor Ausbruch der Covid-19-Epidemie. Webbasierte Buchungsplattformen ersetzen Reisebüros, Onlinebanking trat an die Stelle des Besuchs in einer Bankfiliale. An die Stelle

„Während der Zeit der Schulschließungen waren Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, deren Eltern über geringe formale Bildung und/oder schlechte Deutschkenntnisse verfügen, klar benachteiligt.“

von Briefen, Telegrammen und Telefongesprächen traten E-Mails und Messenger-Dienste. Restriktive Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Epidemie beschleunigten diesen Prozess. Dies hat erhebliche Auswirkungen. Innerhalb der Gesellschaften Europas entstehen zwei digitale „Wasserscheiden“. Sie verlaufen einerseits zwischen Älteren ohne besondere digitale Kompetenzen und Jüngeren, die mit solchen Kompetenzen aufgewachsen sind; andererseits zwischen digital gut angebundenen städtischen oder touristisch erschlossenen Regionen und Peripherien ohne schnelles Internet und ohne gute Netzabdeckung durch Mobilfunkanbieter. Mit zunehmender Digitalisierung unserer Arbeitswelt vertieft sich eine dritte Trennlinie: jene zwischen gut und schlecht Ausgebildeten und damit zwischen der Mehrheit einheimischer Jugendlicher und dem Durchschnitt im Inland geborener Jugendlicher mit Migrationshintergrund. In Österreich verließen im letzten Jahrzehnt fast zwei Drittel aller Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund das Bildungssystem, ohne in ausreichendem Umfang auf dem Niveau der 8. Schulstufe lesen, schreiben und rechnen zu können. Die soziale Herkunft der Eltern spielt dabei ebenso eine Rolle wie der Migrationshintergrund. Bildungsminister Heinz Faßmann diagnostizierte vor einiger Zeit zu Recht, dass „Österreich ein Paradebeispiel dafür ist, wie soziale Ungleichheit vererbt wird“. Die Diagnose gilt allerdings auch für andere EU-Staaten; zum Beispiel für Deutschland, die Schweiz und Ungarn.

Was sind die Gründe dafür?

Das Problem lässt sich klar benennen: Die Bildungssysteme der genannten Länder zielen nicht ausreichend darauf ab, Nachteile der Herkunft zu kompensieren. Dadurch bleibt nicht bloß ein Teil des Begabungspotenzials ungenutzt. Es wächst auch eine Gruppe von Personen mit Lese-, Schreib- und Rechenschwäche heran, für die es in einer stärker digitalisierten Arbeitswelt nur wenig Verwendung geben wird und die Mühe haben werden, sich durch ausreichendes eigenes Erwerbseinkommen selbst zu erhalten. Der Ausfall von Kindergärten, Schulen mit Präsenzunterricht sowie von Kultur- und Freizeiteinrichtungen vertieft dieses Problem.

Unabhängig von der Wohnsituation, die vorhin zur Sprache kam: Haben Ihrer Beobachtung nach in Österreich lebende Migranten die Krise grundsätzlich anders wahrgenommen als die Mehrheitsbevölkerung?

Die Kommunikation der österreichischen Bundesregierung über nötige und getroffene Maßnahmen sowie die Berichterstattung in Radio, Fernsehen und Zeitungen sowie auf Internetportalen und offiziellen Social-Media-Kanälen erfolgte klarerweise primär auf Deutsch. Für in Österreich lebende Personen ohne fundierte Deutschkenntnisse sowie für ausländische Beschäftigte ohne festen Wohnsitz in Österreich wie etwa Saisonarbeitskräfte und Pflegerinnen war und ist es somit erheblich schwieriger als für Einheimische und gut integrierte Zugewanderte, all dies zu verstehen, nachzuvollziehen und sich entsprechend zu verhalten. Ihre Unsicherheit war und ist daher ohne Zweifel größer.

„Eltern mit Betreuungspflichten waren von der durch Covid-19 bedingte Schließung von Krippen, Kindergärten und Schulen erheblich betroffen.“

Wie wirkten sich insbesondere die Schulschließungen aus?

Während der Zeit der Schulschließungen waren Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, deren Eltern über geringe formale Bildung und/oder schlechte Deutschkenntnisse verfügen, klar benachteiligt. Sie bekamen daheim bei der Bewältigung des digital oder postalisch übermittelten Schulstoffs weniger Unterstützung als andere Kinder und Jugendliche. In etlichen Fällen gab es gar keine Unterstützung. Und die Schließung von Kindergärten, Schulen, Sport- und Freizeiteinrichtungen verringerte für Kinder und Jugendliche mit nicht-deutscher Umgangssprache die Chance, im Alltag Deutsch zu sprechen. Einen großen Unterschied gab es auch bei den Sommerferien 2020. In ganz Europa wurde recht erfolgreich ein Urlaub in der „Heimat“ propagiert – so auch in Österreich. Für eine Vielzahl heimischer Tourismusbetriebe – außerhalb der größeren Städte – kompensierte dies den Ausfall ausländischer Gäste. Für viele Familien mit Migrationshintergrund war die Situation hingegen komplizierter. Sie verbringen normalerweise ihren Sommerurlaub in ihrer bosnischen, kosovarischen, serbischen, rumänischen oder türkischen „Heimat“. 2020 war das für etliche Familien nicht oder nur eingeschränkt möglich, weil Reisewarnungen und andere Beschränkungen dem entgegenstanden. Viele wollten sich auch aus Sorge um ihren Arbeitsplatz nicht dem Risiko aussetzen, die ersten 10 bis 14 Tage nach der Rückkehr in Quarantäne verbringen zu müssen. Für eine Mehrzahl der Betroffenen war diese Einschränkung schmerzlich, weil der jährliche „Heimaturlaub“ nicht bloß der Erholung dient, sondern auch dem sozialen Kontakt mit engen Verwandten und Freunden, der Feier von Hochzeiten, Taufen und anderen Familienfesten. Viele nutzen diese Zeit auch, um im Herkunftsland geerbte, gebaute oder gekaufte Häuser und Wohnungen zu bewohnen, zu reparieren oder zu erweitern. Einheimischen mit Zweitwohnsitz im Inland blieben solche Einschränkungen erspart.

„In Österreich verließen im letzten Jahrzehnt fast zwei Drittel aller Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund das Bildungssystem, ohne in ausreichendem Umfang auf dem Niveau der 8. Schulstufe lesen, schreiben und rechnen zu können.“

Rund um die Corona-Krise gibt es viele Fake News. Gibt es Erfahrungen, ob Migranten anders mit Fake News umgehen als die Mehrheitsbevölkerung?

Personen und organisierte Gruppen, die Fake News sowie Verschwörungstheorien glauben und verbreiten, gab es schon vor 2020. Impfgegner, Leugner des Klimawandels, Personen, die Asylgewährung als Teil eines geheimen Plans zum Austausch der einheimischen Bevölkerung sehen, die hinter Entscheidungen der österreichischen und anderer Regierungen sowie der EU-Kommission wahlweise das „internationale Großkapital“ oder die „lange Hand“ von Bill Gates bzw. George Soros vermuten. In Zeiten der Corona-Krise sind all jene Verschwörungstheorien besonders relevant, die die Krankheit wahlweise für ein chinesisches Komplott oder eine Erfindung der Pharmaindustrie halten, den Nutzen von Schutzmasken leugnen und im Namen von Freiheit und Selbstbestimmung gegen Abstandsregeln, frühere Sperrstunden, Reisewarnungen oder eine mögliche Impfung mobil

machen. Problematisch daran ist, dass dahinter nicht bloß marginale Gruppen stehen. Auch Staats- und Regierungschefs wie Donald Trump und Viktor Orbán teilten schon solche Falschinformationen. In Österreich warnte der FPÖ-Chef und ehemalige Infrastrukturminister Norbert Hofer davor, sich gegen das Covid-19-Virus impfen zu lassen, obwohl das aus heutiger Sicht ab 2021 die einzige Möglichkeit sein wird, die Pandemie zu überwinden. Dazu wäre es allerdings erforderlich, dass sich ein Großteil der Bevölkerung impfen lässt, um immun zu werden. Es ist also anzunehmen, dass Verschwörungstheorien und Fake News auch von manchen Personen mit Migrationshintergrund geglaubt und verbreitet werden. Wir wissen allerdings nicht, ob das häufiger vorkommt oder anders aufgenommen wird als innerhalb des Mainstreams der Gesellschaft. Jedenfalls ist und bleibt es wichtig, relevante und glaubwürdige Informationen nicht bloß in der Sprache und über Medien der Mehrheitsgesellschaft zur Verfügung zu stellen.

Rainer Münz

ist Demograph und Migrationsforscher. Er war unter anderem als Direktor des Instituts für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, als Fellow des Instituts für Finanzmathematik der TU Wien sowie als Professor an der Humboldt Universität (Berlin) tätig. Von 2015 bis 2019 war er Berater des damals amtierenden Kommissionspräsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker.

Im Gespräch

Marie-Luise Krobath-Fuchs



Marie-Luise Krobath-Fuchs verdeutlicht, dass Frauen und Mädchen durch die Pandemie mit einer Verstärkung von Mehrfachbelastungen, gepaart mit ökonomischen Ängsten, konfrontiert sind, die sie aufgrund des Mangels an echten Alternativen oftmals zum Verharren in besonders belastenden Situationen zwingen.

„Aufgrund ökonomischer Ängste werden sich Vorurteile verstärken, insbesondere gegenüber Migrant/innen.“

Welche Auswirkungen könnte die Corona-Krise mittel- und langfristig auf Migrationsbewegungen in Europa und weltweit haben?

Ich möchte vorwegschicken, dass meine Ausführungen auf meinen langjährigen Erfahrungen in der Arbeit mit MigrantInnen im Rahmen meiner Tätigkeit im Bereich Asyl und Integration der Caritas Diözese Graz-Seckau fußen, daher subjektiv zu bewerten sind und nicht im Rahmen einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Thematik Migration entstanden sind. Zur Ihrer Frage: Im Allgemeinen muss von der Verschlechterung der Zustände in den sogenannten Schwellenländern ausgegangen werden – also jenen Ländern, die von Sanktionen betroffen, stark bevölkert oder von Kriegen gezeichnet sind. Der grundsätzlich rechtlich verankerten freien und gleichen Würde des Menschen, der Verwirklichung von gleichen Rechten und der gerechten Verteilung von Ressourcen kann unter dieser Prämisse nicht entsprochen werden, weshalb die Corona-Krise einen weiteren Faktor in der Spaltung der Gesellschaft bzw. der Weltbevölkerung darstellt.

Inwiefern?

Noch mehr als bisher wird es Auswirkungen darauf haben, dass sich Teile der Menschen den „Aufbruch“ in ein anderes Land, sei es in Form von Flucht oder in Form legaler Migration, „leisten“ werden können und andere nicht. Diese Ausgangslage öffnet wiederum der Zunahme von kriminellen Machenschaften wie Menschenhandel

und Schlepperei Tür und Tor, da dabei die Verzweiflung Einzelner aufgegriffen wird und unerreichbare Hoffnungen geschürt werden. Ein weiterer Umstand der Auswirkungen liegt in der weltpolitischen Spaltung der Gesellschaft, die meiner Meinung nach – beispielsweise im Verlust des Stellenwerts der Demokratie – stärker wahrnehmbar ist als die vereinte Bündelung der gemeinsamen Kräfte in der Krise. Wenn das ICH stärker ist als das WIR – und der Zunahme von (öffentlicher) Gewalt nicht ausnahmslos vehement widersprochen wird, wird sich diese Entwicklung in der Migrationsbewegung langfristig in Form von Traumatisierung und Gewaltbereitschaft abzeichnen. Es benötigt Mut und Solidarität, dem entgegenzuwirken.

Sehen Sie auch gesamtgesellschaftliche Auswirkungen?

Aus der beruflichen Erfahrung in der Arbeit mit Frauen aus konservativ-patriarchal geprägten Gesellschaften empfinde ich es als gefährlich, wenn die Fremdbestimmung in Form von kollektiver Kontrolle gegenüber dem Individualismus und der freien Selbstbestimmung der Einzelnen zunimmt. Das führt zur Verunsicherung aller, die jede und jeder unterschiedlich löst, sei es in der Überwachung anderer oder in der völligen Rebellion gegen die Fremdbestimmung von außen. Insbesondere (migrantische) Mädchen und Frauen sind dabei die Verliererinnen und die Trägerinnen der Last, da sie ohnehin oftmals mit kollektiven Zuschreibungen von Idealen und Werten zu kämpfen haben und diesen nicht entsprechen

„Die Erfahrungen der Frauen aus der Sicht von Caritas DIVAN zeigt, dass sich die Ungleichheiten der Geschlechterrollen in der Krise verdeutlichen.“

„Aus der beruflichen Erfahrung in der Arbeit mit Frauen aus konservativ-patriarchal geprägten Gesellschaften empfinde ich es als gefährlich, wenn die Fremdbestimmung in Form von kollektiver Kontrolle gegenüber dem Individualismus und der freien Selbstbestimmung der Einzelnen zunimmt.“

können. Es ist wichtig, bei der Bestreitung eines selbstbestimmten und individuellen Weges empowered und begleitet zu werden.

Die Corona-Krise hat ja auch zu so etwas wie einer Schicksalsgemeinschaft geführt, in der alle im selben Boot sitzen. Hat das irgendwelche Auswirkungen auf das Zugehörigkeitsgefühl von Migranten? Und langfristig vielleicht auch auf das Integrationsklima?

Wie vorhin erwähnt ist von der Verstärkung von Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten auszugehen. Aufgrund des unterschiedlichen Zuganges zu Ressourcen, Armut und Reichtum ist die Ausgestaltung des Bootes somit sehr divers. Aufgrund ökonomischer Ängste werden sich Vorurteile verstärken, insbesondere gegenüber Migrant/innen. Als ein Schlüsselement hinsichtlich des Integrationsklimas sehe ich muttersprachliche Role Models als Sprachrohr für die Bedürfnisse diverser Gruppen. Um Parallelstrukturen zu vermeiden bzw. diese aufzuweichen, würde ich auf einseitiges Belehren von außen verzichten und Personen, die es betrifft, in den Diskurs einbinden.

Sie meinten vorhin, dass insbesondere Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund zu den Verliererinnen der Corona-Krise gehören könnten, da sie mit kollektiven Zuschreibungen von Idealen und Werten zu kämpfen haben. Könnten Sie diesen Punkt etwas näher ausführen?

Frauen und Mädchen sind durch die Pandemie mit einer Verstärkung von Mehrfachbelastungen, gepaart mit ökonomischen Ängsten, konfrontiert, die sie aufgrund des Mangels an echten Alternativen oftmals zum Verharren in besonders belastenden Situationen zwingen. Berichte von Frauen umfassten die neuerlich verstärkte Hilflosigkeit, sich in Ausnahmesituationen wie den Lockdowns gegen Gewalt und Unterdrückung zur Wehr zu setzen. So nahmen wir auch bei der Beratungsstelle Caritas DIVAN in der Zeit nach den Lockdowns eine Zunahme der Bera-

tungsanfragen und während der Lockdowns den Ausstieg aus einer Gewaltsituation nach massiven Gefährdungen von Leib und Leben und Gefahr in Verzug, wie etwa Morddrohungen, eher wahr. Mütter sind mit der Verantwortung des Managements des Familiensystems und der Beaufsichtigung der Kinder – zusätzlich zu diversen beruflichen Agenden – belastet. Und junge Mädchen werden im Lockdown – im Gegensatz zu ihren Brüdern – zur Mithilfe bei der Hausarbeit und beim Umsorgen der (männlichen) Familienmitglieder eingeteilt, anstatt in der Schule zu sein. Die Erfahrungen der Frauen aus der Sicht von Caritas DIVAN zeigt, dass sich die Ungleichheiten der Geschlechterrollen in der Krise verdeutlichen. Diesem Umstand muss in der Bewältigung der Krise gewichtige Aufmerksamkeit zukommen.

Haben Sie Informationen darüber, welcher Kommunikationsmittel, auch transnational, und welcher Medien sich Migranten in Österreich während der Krise bedienen?

Eine umfassende repräsentative Einschätzung hinsichtlich der von Migrant/innen genutzten Kommunikationsmittel ist schwierig. Exemplarisch kann jedoch festgehalten werden, dass die Übersetzung von offiziellen Nachrichtensendungen wie der Zeit im Bild in diverse Fremdsprachen zur Nutzung des österreichischen Fernsehens beigetragen hat. Wird die Übersetzung jedoch nicht beibehalten, wenden sich viele Menschen mit nichtdeutscher Muttersprache, insbesondere der älteren Generationen, TV-Sendern ihrer Herkunftsländer zu, da das Informieren in der Muttersprache leichter fällt. Hier wäre ein Aufrechterhalten der flächendeckenden Übersetzung sämtlicher Nachrichten sehr wichtig. Problematisch kann die Nutzung – beispielsweise des türkischen Fernsehens – in Österreich dann sein, wenn es zu divergierenden (nationalen) Darstellungen im Umgang mit der Pandemie kommt.

Wie zum Beispiel?

Die Nutzung und Beschaffung von Impfstoffen anderer Hersteller etwa sorgt für Verwirrung und Verunsicherung darüber, welche der verbreiteten Empfehlungen die

„Frauen und Mädchen sind durch die Pandemie mit einer Verstärkung von Mehrfachbelastungen, gepaart mit ökonomischen Ängsten, konfrontiert, die sie aufgrund des Mangels an echten Alternativen oftmals zum Verharren in besonders belastenden Situationen zwingen.“

richtigeren sind. Die jüngere Generation nutzt als Informationsquelle vorwiegend diverse Social-Media-Kanäle und gibt an ihre Eltern bzw. Familien Informationen weiter, wobei dabei ein Filtern der über Social Media verbreiteten Informationen nur peripher stattfindet. Daher kann dieser Art der Meinungsbildung aufgrund von diversen Fake News nicht wirklich Einhalt geboten werden. Als Kommunikationsmittel in der Beratungsarbeit hat sich in der Pandemie – unter bestmöglichen datenschutzrechtlichen Abwägungen – WhatsApp bewiesen, da diese App niederschwellig und nahezu für jede Person nutzbar ist. Wobei auch hier angemerkt werden muss, dass dies voraussetzt, dass sämtliche Beteiligten Zugang zu Ressourcen wie Smartphone, Internet bzw. WLAN bzw. Strom haben.

Damit sind wir bei der Digitalisierung. Welche Auswirkungen könnte die Corona-Krise auf die Digitalisierung im Zusammenhang mit Integration haben? Denn ein kräftiger Digitalisierungsschub wird ja erwartet, aber werden alle Menschen mitkommen?

Grundsätzlich sehe ich im Zusammenhang mit den Themen Digitalisierung und Migration sowohl Vor- als auch Nachteile. Insbesondere dahingehend, dass die Möglichkeit zur weltweiten Vernetzung ortsunabhängig in Echtzeit besteht, die jedoch missbräuchlich seitens krimineller Netzwerke, beispielsweise der Schlepperei und des Menschenhandels, verwendet wird. Präsenzberatungs- und -weiterbildungsangebote bei DIVAN durch entsprechende Onlineformate zu ersetzen, ist nur bedingt wirksam, da gerade sensible Beratungssettings die Schaffung geschützter freier Räume voraussetzt, die in Onlineformaten nicht umgesetzt werden kann. Denn im Format der reinen Onlineberatung ist es für die Beraterin nicht abschließend verifizierbar, ob ihr Gegenüber tatsächlich ihre Klientin ist oder sich der Ehemann oder der Sohn derer Online-Identität bedient, um in das Beratungsverhältnis einzudringen. Das würde unweigerlich zu einer Gefährdung der Frau führen, wenn es um Themen wie Gewalt im Namen der Ehre, Zwangsheirat, Trennung, Scheidung und Obsorge geht.

„Mütter sind mit der Verantwortung des Managements des Familiensystems und der Beaufsichtigung der Kinder – zusätzlich zu diversen beruflichen Agenden – belastet. Und junge Mädchen werden im Lockdown – im Gegensatz zu ihren Brüdern – zur Mithilfe bei der Hausarbeit und beim Umsorgen der (männlichen) Familienmitglieder eingeteilt, anstatt in der Schule zu sein.“

Wie ist DIVAN mit diesem Problem umgegangen?

DIVAN entschied sich während des Lockdowns dennoch für die Abhaltung von Onlineworkshops für Frauen und Mädchen, beispielsweise unter dem Titel „Frauenrechte, Frauen in der Migration und Formen von Gewalt“. Das Format wurde seitens der Frauen, die Zugang zu digitalen Plattformen, einer stabilen Internetverbindung und Laptop oder Smartphone hatten, gut angenommen. Jedoch nahmen in mehreren Fällen männliche Familienmitglieder der Frauen daran teil und saßen gespannt vor den Bildschirmen, weshalb ein freier und uneingeschränkter Diskurs über teilweise als Tabuthemen anzusehende Inputs seitens der Seminarleiterin nicht möglich war. Das Verlassen des eigenen Zuhauses und das physische Aufsuchen von Bildungsangeboten ist daher als unerlässlich und nicht durch die Digitalisierung ersetzbar anzusehen. Häufig kommt es dazu, dass sich junge Mädchen ihren Vertrauenslehrerinnen in der Schule oder Frauen sich ihren Deutschkurslehrerinnen anvertrauen, wenn sie Opfer von Gewalt sind. Diese Möglichkeit des persönlichen Interagierens darf langfristig keiner Einschränkung unterliegen. Ob alle Menschen gleich und fair von der Digitalisierung umfasst werden können, ist jedenfalls mit Sicherheit eine Frage der sozialen und ökonomischen Umstände sowie des Bildungshintergrundes, die Herkunft der Menschen spielt dabei eine untergeordnete Rolle.

„Um Parallelstrukturen zu vermeiden bzw. diese aufzuweichen, würde ich auf einseitiges Belehren von außen verzichten und Personen, die es betrifft, in den Diskurs einbinden.“

Marie-Luise Krobath-Fuchs

ist Teamkoordinatorin der Frauenberatungsstelle DIVAN der Caritas Diözese Graz-Seckau. Sie ist Juristin und blickt auf langjährige Erfahrung in der Rechtsberatung zurück. Die Frauenberatungsstelle DIVAN bietet soziale, psychosoziale, psychologische und juristische Beratung für Frauen und Mädchen mit den Schwerpunkten Gewalt im Namen der Ehre, insbesondere Zwangsheirat an.

Im Gespräch

Peter Webinger



Peter Webinger ist der Meinung, dass die Covid-19-Pandemie aufgrund einer weiteren Verschlechterung der zum Teil ohnehin bereits prekären Bedingungen in den Herkunftstaaten die Push-Faktoren verstärken wird, sodass mit zunehmenden Migrationsbewegungen Richtung Europa zu rechnen ist. In einer Gesamtschau ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren und Jahrzehnten der Migrationsdruck auf Europa weiterhin hoch bleibt.

„Migrationsbewegungen unterliegen zahlreichen Einflussfaktoren und sind selten monokausal.“

Welche Auswirkungen könnte die Corona-Krise mittel- und langfristig auf Migrationsbewegungen in Europa und weltweit haben?

Migrationsbewegungen unterliegen zahlreichen Einflussfaktoren und sind selten monokausal. Die Realität im Migrationsbereich zeigt mehr und mehr gemischte Migrationsströme; also Menschen, die flüchten müssen; Menschen, die sich aufgrund ökonomischer Faktoren bewegen; oder auch Menschen, die sich in einem ersten Schritt in Sicherheit gebracht haben und von den sogenannten Erstaufnahmestaaten nach einiger Zeit aufgrund der Lebensperspektive für sich und ihre Familie weiterwandern. Die Auswirkungen von Covid-19 in wirtschaftlich und somit zumeist insgesamt strukturell schwächeren Regionen sind bereits deutlich für die Menschen spürbar – die ökonomischen Faktoren spielen bei der Migrationsentscheidung

„In einer Gesamtschau ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren und Jahrzehnten der Migrationsdruck auf Europa weiterhin hoch bleibt.“

und der Auswahl des Ziellandes eine zentrale Rolle. Eine Quantifizierung der langfristigen Auswirkungen kann derzeit noch nicht seriös vorgenommen werden, da wir uns mitten in der Pandemie befinden und davon auszugehen ist, dass sie uns noch auf absehbare Zeit beschäftigen wird. Hinsichtlich der Migrationsbewegungen haben der Anstieg der Covid-19-Infektionen und die damit einhergehenden Grenzsicherungen in vielen Staaten zu einem kurzfristigen massiven Rückgang der Asylanträge geführt. Derart gravierende Änderungen im Bereich der Rahmenbedingungen von Migration haben aber nur einen verzögernden Effekt. Vor allem dann, wenn die sonstigen bestimmenden Migrationsparameter unverändert bleiben. Diese sind zum Ersten ein völlig verändertes Kommunikationsverhalten, wie man sich die Grundlage für die Migrationsentscheidung verschafft, wie Communitys miteinander im Austausch stehen und wie der Migrationsprozess durchgeführt werden soll. Zum Zweiten eine noch nie dagewesene Mobilität. Und zum Dritten ein Amalgam an sicherheitstektonischen Plattenverschiebungen an der europäischen Peripherie, dort bestehender staatlicher Fragilität sowie ein hohes Maß an Sicherheit und Wohlstand nur wenige Kilometer entfernt in hochentwickelten Sozialstaaten Europas. Dieses kurzfristige Pausieren von Migrationsprozessen zeigen auch die aktuellen Asylantragszahlen Österreichs im Jahresverlauf 2020.

Inwiefern?

Im Jänner 2020 wurden rund 1.500 Asylanträge gestellt (plus rund 50 Prozent verglichen mit Jänner 2019). Beginnend mit Februar gab es einen sukzessiven Rückgang der Asylantragstellungen. Der tiefste Stand wurde in Folge der Covid-19-Maßnahmen im April 2020 mit rund 340 Asylanträgen – April 2019: rund 990 Asylanträge – verzeichnet. Danach gingen die Asylantragszahlen wieder nach oben. Im September wurden heuer nahezu 1.500 Anträge gestellt, was einer Steigerung von nahezu 30 Prozent gegenüber dem Septemberwert 2019 darstellt. Auch aufgrund seiner geografischen Lage wurden in Österreich früher als in anderen europäischen Staaten höhere Zuwächse der Asylanträge registriert. Langfristig ist davon auszugehen, dass die Covid-19-Pandemie aufgrund einer weiteren Verschlechterung der zum Teil ohnehin bereits prekären Bedingungen in den Herkunftsstaaten die Push-Faktoren verstärkt wird, sodass mit zunehmenden Migrationsbewegungen Richtung Europa zu rechnen ist. In einer Gesamtschau ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren und Jahrzehnten der Migrationsdruck auf Europa weiterhin hoch bleibt. Sicherheitspolitische Aspekte und die wirtschaftliche Situation in den Hauptherkunftsländern werden durch Covid 19 beeinflusst und die teils bestehende wirtschaftliche Not zunehmend verschärft. Dadurch wird der Migrationsdruck verstärkt werden. Hinzu kommen klimabedingte Verwerfungen wie Dürre und Hunger. Migrationszahlen unterliegen generell einer hohen Volatilität. Gegenwärtig ist aber anzunehmen, dass Migrationsbewegungen tendenziell wieder zunehmen werden. Eine Rolle wird dabei vor allem das Verhalten Europas spielen, welche Signale in potenzielle Herkunftsregionen transportiert werden. Maßnahmen des Grenzschutzes an der europäischen Außengrenze, die Wahrscheinlichkeit, einen Schutzstatus in Europa zuerkannt zu bekommen, Fragen des Arbeitsmarktzugangs und sonstige Attraktivitätsfaktoren wie ein gut funktionierendes Gesundheits- oder Sozialsystem werden die Migrationsquantitäten determinieren.

„Die Auswirkungen von Covid-19 in wirtschaftlich und somit zumeist insgesamt strukturell schwächeren Regionen sind bereits deutlich für die Menschen spürbar – die ökonomischen Faktoren spielen bei der Migrationsentscheidung und der Auswahl des Ziellandes eine zentrale Rolle.“

Gibt es eigentlich vergleichbare Ereignisse in der Geschichte?

Krisen können ganz unterschiedliche Auswirkungen haben, zum einen werden bestehende Trends verstärkt, zum anderen wird die Gesellschaft mit einer neuen, noch nie dagewesenen Situation konfrontiert und ist förmlich gezwungen, ihre Schwerpunkte neu auszurichten. Der historische Vergleich ist aktuell schwierig. Als möglicher Vergleich bietet sich allenfalls die Spanische Grippe an, die Europa nach dem Ersten Weltkrieg heimgesucht hat. Das waren jedoch – abgesehen von epidemiologischen Differenzen – vor allem in Bezug auf den allgemeinen Gesundheitszustand der Bevölkerung und die Gesundheitssysteme ganz andere Rahmenbedingungen, als wir sie heute vorfinden. Nach dem Ersten Weltkrieg setzte eine starke Kriegsfolgewarderung innerhalb Europas ein. Die Spanische Grippe, die von März 1918 bis ins Jahr 1920 die Welt in Atem hielt und zwischen 50 und 100 Millionen Menschen – 2,5 bis 5 Prozent der damaligen Weltbevölkerung – das Leben kostete, hatte auf diese innereuropäischen Migrationen, im Gegensatz zu politischen und nationalstaatlichen Entwicklungen, zumindest keinen dauerhaften Einfluss. Im Vergleich zu den Rahmenbedingungen und Bedingungen des vorigen Jahrhunderts sind wir heute in Österreich vollkommen anders ausgestattet und besser gerüstet. Was

für heutige Generationen sicherlich eine große Herausforderung darstellt, ist die rasche Abfolge von durchaus einschneidenden Krisen.

Welche meinen Sie?

Die Finanzkrise 2008, die Migrationskrise 2015/16 und nun 2020 eine globale Pandemie. Alle drei Entwicklungen waren nicht auf den jeweiligen thematischen Kernbereich beschränkt, sondern haben in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen ihren Niederschlag gefunden. Diese drei Krisen hängen vor allem in ihren Nachwirkungen zusammen und erklären mögliche Reaktionsmuster. Kaum ist eine Krise überstanden bzw. ist man noch mit deren Aufarbeitung befasst, so tritt schon das nächste einschneidende Ereignis ein. Das verunsichert Menschen in einer Gesellschaft, gerade wenn es um so elementare Bereiche wie die Gesundheit, Bildung, Wirtschaft, öffentliche Sicherheit, sich rasch verändernde demografische Zusammensetzung oder den Arbeitsmarkt geht. Gesellschaftliche Spannungen, Polarisierung und zunehmende politische Radikalisierung können eine mögliche Folge sein. Gerade in Zeiten rascher Veränderungen ist es wichtig, gesamtstaatlich auf gesellschaftlichen Zusammenhalt hinzuwirken. Artikulierten Problemen gilt es, auf den Grund zu gehen, diese sind ernst zu nehmen und jedenfalls nicht lapidar wegzuwischen oder zu verharmlosen. Die Lösung eines Problems beginnt damit, dass man es als Problem erkennt und akzeptiert. Darauf haben dann langfristig angelegte Strategien und Maßnahmen aufzubauen.

„Gerade in Zeiten rascher Veränderungen ist es wichtig, gesamtstaatlich auf gesellschaftlichen Zusammenhalt hinzuwirken.“

Die Corona-Krise hat ja auch zu so etwas wie einer Schicksalsgemeinschaft geführt, in der alle im selben Boot sitzen. Hat das irgendwelche Auswirkungen auf das Zugehörigkeitsgefühl von Migranten? Und langfristig vielleicht auch auf das Integrationsklima?

Eine seriöse Einschätzung, wie sich die Pandemie auf das Zusammenleben und Zugehörigkeitsgefühl in der Gesellschaft auswirken wird, kann aktuell noch nicht erfolgen. Wesentliche zu berücksichtigende Faktoren sind jedenfalls die Dauer der Pandemie und die damit einhergehenden gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen. Wie der kürzlich veröffentlichte Gallup Migrant Acceptance Index zeigt, ist in vielen europäischen Ländern die Akzeptanz gegenüber Migrantinnen und Migranten nicht gestiegen, sondern gesunken. Allgemein gilt es, festzuhalten, dass Krisen und die damit verbundenen großen Belastungen zu weiterer Polarisierung, Partikularisierung, Renationalisierung und Abschottung bestimmter Gesellschaftsgruppen führen können. Das erschwert die Entwicklung eines verstärkten Zugehörigkeitsgefühls auf allen Seiten. Die Entwicklungen, die wir innerhalb der Europäischen Union in den letzten Monaten beobachten konnten, also Gesundheitskontrollen an den Grenzen bei sonstigem Einreiseverbot, wechselseitige Reisewarnungen der Mitgliedstaaten, Ausfuhrstopps von Schutzausrüstung etc., zeigen uns jedenfalls, dass sich Gemeinschaften in Krisenzeiten nicht zwingend zu zusammenhaltenden „Schicksalsgemeinschaften“ weiterentwickeln, sondern auch die Gefahr eines Auseinanderdriftens und einer nationalstaatlichen Ichbezogenheit besteht. Umso mehr muss sich die Republik Österreich auch weiterhin für gemeinsame europäische Lösungen einsetzen, wie sie es auch bisher stets getan hat.

Wie sieht die Situation besonders von Frauen durch die Auswirkungen des Coronavirus aus?

Die vergangenen Monate waren für viele Menschen eine schwere Zeit. Homeoffice, Lockdown, Distance Learning – gerade für Familien bringt die Pandemie besondere Belastungen mit sich. Da die Verantwortung für die Familie von der Gesellschaft oft nach wie vor Frauen – egal

„Langfristig ist davon auszugehen, dass die Covid-19-Pandemie aufgrund einer weiteren Verschlechterung der zum Teil ohnehin bereits prekären Bedingungen in den Herkunftsstaaten die Push-Faktoren verstärken wird, sodass mit zunehmenden Migrationsbewegungen Richtung Europa zu rechnen ist.“

ob Migrantinnen oder Österreicherinnen mit oder ohne Migrationshintergrund – zugeschrieben wird, sind Frauen davon besonders häufig und intensiv betroffen. Neben den Umstellungsproblemen und Herausforderungen des tagtäglichen Familienlebens kommen bei Zuwanderinnen etwa auch die Sprachbarrieren und Sozialisierung in anderen Schulsystemen als zusätzliche Hürden hinzu. Im Hinblick auf die Gewalt gegen Frauen hat eine Erhebung im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres gezeigt, dass viele Menschen in Österreich davon ausgehen, dass häusliche Gewalt während der Krise stark zugenommen hat. Dieser Eindruck stimmt vor allem für die Ballungsräume, wo vermehrt häusliche Konflikte mit Polizeieinsatz zu beobachten waren. So sind die Fälle in größeren Städten ab 50.000 Einwohnern – im Vergleich von Jänner und Februar zu April und Mai – von 817 auf 1.027 gestiegen, während sie in mittleren Städten und Landgemeinden im selben Vergleichszeitraum von 1.001 auf 1.095 gestiegen sind.

Welcher Kommunikationsmittel und welcher Medien haben sich Migranten in Österreich während der Krise bedient?

Migrantinnen und Migranten informieren sich wie alle anderen Menschen über unterschiedliche Quellen, aber aufgrund der Distanz zu ihrer Herkunftsregion noch

stärker über digitale Medien. Kommunikation und die enge, permanente Vernetzung untereinander sind wohl der wesentliche Unterschied bei den Migrationsfaktoren im Vergleich zu früher. Transkontinentale gemischte Migrationsströme wurden bereits vor Covid-19 stark von der Digitalisierung beeinflusst. Durch moderne Kommunikationsmöglichkeiten wie dem Smartphone wird die Möglichkeit geboten, Informationen aus verlässlichen und weniger verlässlichen Quellen innerhalb weniger Sekunden quer über den ganzen Globus zu erreichen und zu verbreiten – die Welt in der Hosentasche.

Apropos Digitalisierung: Welche Auswirkungen könnte die Corona-Krise auf die Digitalisierung in Zusammenhang mit Integration haben? Denn ein kräftiger Digitalisierungsschub wird ja erwartet, aber werden alle Menschen mitkommen?

Wie gut man mit solchen Entwicklungen mithalten kann, hängt vor allem auch vom sozioökonomischen Status ab. Familien, in denen es etwa keinen oder kaum Zugang zu Computern und anderen modernen technischen Geräten gibt, haben es zweifellos viel schwerer von solch einem Digitalisierungsschub zu profitieren. Hier besteht die Gefahr, dass die gesellschaftliche Schere aufgeht und Teile den Anschluss verlieren. Schulische Förderprogramme zur Digitalisierung können da mitunter Abhilfe schaffen. Die Regierung hat mit der Digitalisierungsreform in dieser Hinsicht schon wichtige Schritte gesetzt. Neben finanziell und sozial Benachteiligten sind vor allem ältere Menschen von digitaler Ausgrenzung bedroht. Neben allen Vorteilen, die Digitalisierung mit sich bringt, muss man Möglichkeiten entwickeln, diese Menschen zu inkludieren und an den technischen Entwicklungen teilhaben zu lassen.

Haben in Österreich lebende Migranten die Krise anders wahrgenommen als die Mehrheitsbevölkerung? Waren sie vielleicht auch anders betroffen?

Es obliegt mir nicht, zur subjektiven Wahrnehmung der Migrantinnen und Migranten eine Einschätzung abzuge-

ben. Aber generell sind vulnerable Gruppen stärker von den Folgen krisenhafter Ereignisse betroffen, da zusätzliche Faktoren den Integrationsprozess erschweren. Diese Auswirkungen haben sich etwa spürbar im Bereich des Arbeitsmarkts im April 2020 mit etwa 571.000 arbeitslosen Personen und Schulungsteilnehmern gezeigt. Für jene Menschen, die in den Unterkünften der Grundversorgung im Zuständigkeitsbereich des Bundes untergebracht sind, wurden alle Maßnahmen gesetzt, um bestmöglich vor einer Ansteckung zu schützen und über die aktuellen Entwicklungen sowie die notwendigen umfassenden Maßnahmen laufend und in verständlicher Sprache zu informieren.

Rund um die Corona-Krise gibt es viele Fake News. Gibt es Erfahrungen, ob Migranten anders mit Fake News umgehen als die Mehrheitsbevölkerung?

Medien, gleich welche Informationsplattformen, spielen in einer globalisierten Welt wie unserer eine entscheidende Rolle. Fest steht, dass Medienwirkung immer mit den individuellen Interessen und der persönlichen Lebenssituation zu tun hat. Migrantinnen und Migranten stehen gegebenenfalls aufgrund von Sprachbarrieren weniger oder zumindest andere Kanäle zur Verfügung, die über die Situation in Österreich faktenbasiert, verständlich und leicht zugänglich informieren. Unter Umständen sind sie darauf angewiesen, dass ihnen sprachkundige Personen Informationen weitergeben oder ihnen durch soziale Medien Informationsteilchen transportiert werden, die oftmals schwer oder nicht zu verifizieren sind. Dass es hier zu Reibungsverlusten und subjektiv verzerrter Informationsweitergabe kommt, ist durchaus problematisch. Auch den Menschen der Aufnahmegesellschaft obliegt es selbst, aus welchen Medien sie ihre Informationen ziehen – vor allem aber kann uns niemand die kritische Reflexion von Inhalt inklusive Bildsprache abnehmen. Wer auf sozialen Medien immer wieder mit Fake News konfrontiert wird, der wird vielleicht irgendwann glauben, dass diese die einzig wahre Berichterstattung sind. Oft ist es wie am Stammtisch: Wer laut und immer wieder dasselbe schreit, der wird schon irgendwie recht haben. Dem müssen objektiver Journa-

lismus und eine proaktive Kommunikationspolitik auf möglichst vielen unterschiedlichen Kanälen entgegenwirken. Es muss eine in der Hinsicht viel breitere Diskussion über die Rolle von sozialen Medien geführt werden, die mit ihren Algorithmen und bezahlten, personalisierten Werbeeinheiten die mitunter extremen Einstellungen von Menschen noch verstärken. Fake News sind jedoch kein Problem, das sich auf eine Bevölkerungsgruppe reduzieren lässt. Es handelt sich um ein Phänomen, das uns mittlerweile alle täglich betrifft. Daher ist es so entscheidend, den Absender in die Bewertung des Gesagten miteinfließen zu lassen.

Peter Webinger

ist seit Jänner 2019 Sektionschef der Sektion V (Fremdenwesen) im Bundesministerium für Inneres. Zuvor war er von 2009 bis 2018 Leiter der Gruppe Migration, Staatsbürgerschaft, Asyl und Menschenrechte. 2015/16 leitete er während der Migrationskrise den Krisenstab im österreichischen Innenministerium. Er ist Vorsitzender des Staatendokumentationsbeirates und Mitglied in zahlreichen Gremien auf nationaler und internationaler Ebene (u.a. Migrationskommission, SCIFA (Strategic Committee on Immigration, Frontiers and Asylum)). Er hält Vorträge zu staatlicher Stabilität, Migration und Asyl u.a. beim Strategischen Führungslehrgang der österreichischen Bundesregierung und an verschiedenen europäischen Universitäten. Zudem ist er Herausgeber der Publikationen „STABLE STATES – rethinking social cohesion and good governance“, „WHO ARE YOU – states & the quest for identity“, sowie der wissenschaftlichen Reihe „regions et res publicae“ und Autor von „Im Zeitalter der Migration^{mc2}“ (Manz Verlag).



01 2017

Heinz Faßmann
Saïda Keller-Messahli
Carla Amina Baghajati
Zekirija Sejdini
Karin Kneissl
Ahmad Mansour



05 2017

Emina Saric
Jasmin El-Sonbati
Karin Kneissl
Naila Chikhi
Waris Dirie
Sibel Öksüz
Elisabeth Tichy-Fisslberger



02 2017

Mouhanad Khorchide
Ednan Aslan
Lamyia Kaddor
Evrim Ersan-Akkilic
Karin Kneissl
Zekirija Sejdini
Abdel-Hakim Ourghi
Jasmin El-Sonbati



06 2017

Elham Manea
Ruud Koopmans
David Engels
Boualem Sansal
Gunnar Heinssohn
Necla Kelek
Magnus Norell
Rudolf Bretschneider
und Esther Pauli



03 2017

Kenan Güngör
Berivan Aslan
Birol Kiliç
Efgani Dönmez
Cengiz Günay
Nalan Gündüz



07 2017

Wolfgang Mazal
Gottfried Haber
Barbara Kolm
Martin Rhonheimer
Franz Schellhorn
Demetrios G. Papademetriou



04 2017

Jörg Baberowski
Franz Lang
Melike Yolsal
Peter Hajek
Reinhard Kreissl
Friedrich Kovar



01 2018

Christian Stadler
Michael Wolffsohn
Gudula Walterskirchen
Matthias Beck
Harald Kattmair
Franz Scharl
Eva Grabherr
David Miller



0 2 2 0 1 8

Zana Ramadani
Christian Klar
Andrea Walach
Walter Emberger
Melisa Erkurt
Jasmin El-Sonbati
Düzen Tekkal



0 1 2 0 2 1

Peter Sloterdijk
Gudrun Biffel
Rudolf Bretschneider
Rainer Münz
Marie-Luise Krobath-Fuchs
Peter Webinger



0 3 2 0 1 8

Ulrich Greiner
Ursula Plassnik
Jan Assmann
Helga Maria Wolf
Gerhard Pfister
Florjan Lipuš
Herwig Hösele



0 1 2 0 2 0

Michael Wolffsohn
Hamed Abdel-Samad
Benjamin Nägele
Danielle Spera
Ludwig Spaenle
Nina Scholz
Raimund Fastenbauer



0 2 2 0 2 0

Lorenzo Vidino
Ebrahim Afsah
Susanne Schröter
Heiko Heinisch
Bassam Tibi
Katherine Brown
Ahmad Mansour

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF) – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und Migrant/innen, A-1030 Wien, Schlachthausgasse 30, T +43 (0)1/7101203, mail@integrationsfonds.at;

Verlagsort/Herstellungsort: Wien; Bildnachweise: Felicitas Matern (S. 3), RolandSchlager/APA/picturedesk.com (S. 4), Foto Wilke (S. 10), Stanislav Jenis (S. 16), Thomas Unterberger (S. 22), Caritas (S. 30), Alexander Tuma (BMI) (S. 36)

Die Publikationsreihe „Perspektiven Integration“ präsentiert Einschätzungen von anerkannten Expert/innen, um eine fundierte Debatte über aktuelle Themen im Bereich Integration zu fördern. In der vorliegenden Ausgabe setzen sich sechs Expert/innen mit dem Thema „Corona und die Auswirkungen auf Migration und Integration“ auseinander.

***Im Gespräch mit Köksal Baltaci
(„Die Presse“)***

Peter Sloterdijk ist deutscher Philosoph und gilt als einer der bedeutendsten Intellektuellen des deutschsprachigen Raums. Zu seinen wichtigsten Werken zählen – neben der Sphären-Trilogie (1998 - 2004), in der er die Geschichte der Menschheit neu erzählt – auch „Kritik der zynischen Vernunft“ (1983), „Der ästhetische Imperativ“ (2007) sowie „Gottes Eifer. Vom Kampf der drei Monotheismen“ (2007)

Gudrun Biffi ist Arbeitsökonomin, Wirtschafts- und Migrationsforscherin sowie Mitglied des Expertenrats für Integration. Sie war Leiterin des Departments für Migration und Globalisierung der Donau Universität Krems. 2009 erhielt sie das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich und 2017 den Gabriele-Posanner-Würdigungspreis für ihr Lebenswerk im Zeichen der Geschlechterforschung des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft.

Rudolf Bretschneider ist seit mehr als 50 Jahren in der Sozial- und Marktforschung tätig. Er war 37 Jahre lang als Geschäftsführer der GfK Österreich und anschließend als Konsulent tätig.

Rainer Münz ist Demograph und Migrationsforscher. Er war unter anderem als Direktor des Instituts für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, als Fellow des Instituts für Finanzmathematik der TU Wien sowie als Professor an der Humboldt Universität (Berlin) tätig. Von 2015 bis 2019 war er Berater des damals amtierenden Kommissionspräsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker.

Marie-Luise Kroboth-Fuchs ist Teamkoordinatorin der Frauenberatungsstelle DIVAN der Caritas Diözese Graz-Seckau. Sie ist Juristin und blickt auf langjährige Erfahrung in der Rechtsberatung zurück. Die Frauenberatungsstelle DIVAN bietet soziale, psychosoziale, psychologische und juristische Beratung für Frauen und Mädchen mit den Schwerpunkten Gewalt im Namen der Ehre, insbesondere Zwangsheirat an.

Peter Webinger ist seit Jänner 2019 Sektionschef der Sektion V (Fremdenwesen) im Bundesministerium für Inneres. Zuvor war er von 2009 bis 2018 Leiter der Gruppe Migration, Staatsbürgerschaft, Asyl und Menschenrechte. 2015/16 leitete er während der Migrationskrise den Krisenstab im österreichischen Innenministerium. Er ist Vorsitzender des Staatendokumentationsbeirates und Mitglied in zahlreichen Gremien auf nationaler und internationaler Ebene (u.a. Migrationskommission, SCIFA (Strategic Committee on Immigration, Frontiers and Asylum)). Er hält Vorträge zu staatlicher Stabilität, Migration und Asyl u.a. beim Strategischen Führungslehrgang der österreichischen Bundesregierung und an verschiedenen europäischen Universitäten. Zudem ist er Herausgeber der Publikationen „STABLE STATES – rethinking social cohesion and good governance“, „WHO ARE YOU – states & the quest for identity“, sowie der wissenschaftlichen Reihe „regions et res publicae“ und Autor von „Im Zeitalter der Migration^{mod}“ (Manz Verlag).